

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungssatz Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 3 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. zzgl. Postgeb.

Redaktion: Tauscher Str. 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5gespaltene Zeilzeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie.

Leipzig, 4. Juni.

Mitte dieses Monats wird der deutsche Gewerkschaftskongress in Stuttgart zusammentreten. Die diesjährige Tagung fällt so ziemlich mit einem äußerlichen Ruhepunkt in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung zusammen; die Krise, die seit Jahresfrist eingetreten ist, hat der Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs in Deutschland ein vorläufiges Ende gemacht und damit auch die natürlichen Bedingungen der rapiden Aufwärtsbewegung der Gewerkschaften in den sieben fetten Jahren der industriellen Prosperität verschlechtert. In der gewaltigen Kraftanstrengung der Ausbreitung des gewerkschaftlichen Gedankens und der vielfachen Neubildungen innerhalb der Gewerkschaften ist eine natürliche Ruhepause eingetreten, die zum Rückblick auf die vollbrachte Arbeit, „die größte Leistung der deutschen Arbeiterklasse im vergangenen Jahrzehnt“, wie überhaupt zu Betrachtungen allgemeiner Art über das Verhältnis und die Zusammenhänge von Gewerkschaftsbewegung, Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung überhaupt wohl reizen mag. Während nun die notwendige zahlenmäßige Unterlage zu solchen Raisonnements von der Generalkommission der Gewerkschaften mit anerkenntniswerten Fleiß und umfassendem Ueberblick geliefert wird, gefallen sich gewisse Betrachtungen allgemeiner Natur darin, unter souveräner Mißachtung des gebotenen Materials die Begriffe Gewerkschaftsbewegung, Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung in Beziehungen zu setzen, die den ganzen Traditionen und der positiven Geschichte der Bewegung schnurstracks zuwiderlaufen. Es handelt sich ja dabei meist um Spielereien mit abstrakten Begriffen, denen jeder — nach uraltem deutschem Gelehrtenbrauch — willkürlich einen eigenen Inhalt giebt; allein für die Praxis der Bewegung ist solch einseitiges Philosophieren nicht selten eine bemerkenswerte Fehlerquelle und kann eine nicht unbedenkliche Verwirrung über die Ziele und den Geist der gewerkschaftlichen Bewegung zum tatsächlichen Ergebnis haben.

Die Diskussion über die Zusammenhänge zwischen Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie ist ausgegangen von einem Aufsatz des bürgerlichen Sozialpolitikers Dr. Freund in der Sozialen Praxis, der sofort von der Gewerkschaftspresse aufgegriffen und in Zusammenhang mit dem älteren „Neutralitäts“problem der Gewerkschaften erörtert wurde. Wir können nicht bekennen, daß wir von dem Verlauf der Diskussion besonders befriedigt gewesen wären, und sind es auch nicht von dem Artikel des Genossen Heine im neuesten Heft der Sozialistischen Monatshefte, wo diese Frage gewissermaßen im Einigungsverfahren friedlich geschlichtet

und zu einem Vergleichsabschluß gebracht werden soll. Wir vermessen in der ganzen Diskussion vor allem eine präzise Abgrenzung der Sozialdemokratie gegen die Gewerkschaftsbewegung und eine scharf herausgearbeitete Darstellung des Grundcharakters dieser Partei.

Daß die Arbeiterbewegung nicht notwendig sozialistisch verläuft, lehrt schon ein summarischer Rundblick auf die Bewegung in anderen Ländern. In England sind Sozialismus und Arbeiterbewegung bis zum heutigen Tage nicht recht zusammengewachsen; der englische Sozialismus hat seine Stätte vorwiegend in den Kreisen bürgerlicher Ideologen, und die Gewerkschaftsbewegung in England ist nun einmal nicht sozialistisch. In Frankreich ist der Gegensatz von Sozialismus und Arbeiterbewegung in die Arbeiterklasse selbst hineingedrungen, und das ist die geschichtliche Quelle der tiefen Verklüftungen innerhalb der französischen Arbeiterbewegung geworden. Das klassische Land der Zusammenschweißung von Arbeiterbewegung und Sozialismus ist Deutschland, wo der Sozialismus in der Sozialdemokratie seine Verkörperung, seine Wirklichkeit erlebt hat.

Darum ist aber die Sozialdemokratie noch lange nicht ohne weiteres eine einseitige Arbeiterpartei. Wo man die Sozialdemokratie in ihren positiven Lebensäußerungen, in ihrer Erscheinung betrachtet, deckt sie sich keineswegs ohne weiteres mit dem Begriffe einer bloßen Arbeiterpartei. Die sozialdemokratische Wählermasse von 2 1/4 Millionen Stimmen umfaßt noch nicht einmal das gesamte wahlfähige Industrieproletariat, das, knapp berechnet, immerhin drei Millionen Wähler zur Wahlurne stellt, und enthält zweifellos einen ganz erheblichen Bruchteil von Kleinbürgerlichen und Kleinbäuerlichen Elementen. Nicht einmal auf ihren Parteitaggen, der reinsten Form ihrer Lebensäußerung, tritt die Partei als einseitige Vertreterin der industriellen Lohnarbeiterschaft auf; nicht weniger als zwei Parteitage haben sich mit sauerem Schweiß um die Festsetzung eines Agrarprogramms bemüht, und auf ebenfalls zwei Parteitagen ist ein gewisser Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung, die doch die gegebene Form einer ausschließlichen Arbeiterbewegung sein müßte, zur Sprache und zum Austrag gekommen. Auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die Landtagsfraktionen treiben nicht einseitige Arbeiterpolitik; sie stehen der bürgerlichen Sozialreform mit äußerstem Mißtrauen gegenüber; sie haben der ganzen Arbeiterschutzesetzgebung zu Anfang der 90er Jahre ihre Zustimmung verweigert, und sie haben auf der anderen Seite gegen Bestrebungen allgemein politischer Natur, an der die Industriearbeitererschaft zunächst nur unmittelbares Interesse hat — so bei der lex Heinze — die äußersten parlamentarischen Mittel zur Anwendung gebracht. Eine bloße

Arbeiterpartei könnte sich begnügen, die sozialen Funktionen des Staats zu vermehren und die übermäßige Belastung der arbeitenden Klasse durch direkte und indirekte Steuern abzuwehren, wie dies beispielsweise die Arbeitervertreter im britischen Parlament — freilich auch nicht immer — thun.

Es ist überhaupt im letzten Jahrzehnt, nicht ohne die Einwirkung der aufsteigenden Gewerkschaftsbewegung, eine Art von Mißbrauch geworden, immer einseitig den Industriearbeiter heranzulehren, von der „Hebung der Arbeiterklasse“ zu sprechen und darüber das alte Kampfwort von der „Befreiung der Arbeiterklasse“ ganz zu vergessen. Unsere geistigen Vorkämpfer haben nicht so viel von der „Arbeiterklasse“ geredet, umso mehr vom Proletariat. Zum Proletariat gehört wohl in erster Linie die Lohnarbeiterschaft als die ausgebeutete und unterdrückte Klasse sans phrase; dazu gehören aber auch Bevölkerungsschichten mit ökonomisch zweifelschlächtigem Charakter, wie Kleinbürger und Kleinbauern, die, insoweit sie proletarische Interessen gegen ihre Ausbeuter und gegen die Klassenherrschaft des Staats haben, sehr wohl in die Agitation der Sozialdemokratie mit inbegriffen und in der gesetzgeberischen Tätigkeit der Partei vertreten werden können. Der Begriff des Proletariats giebt zugleich in diesem einen Wort die ganze Gesellschaftsanschauung des Sozialismus wieder, der die Sozialdemokratie in den Parlamenten nicht schlechtlin „Arbeiterpolitik“, sondern nur solche Arbeiterpolitik machen läßt, die sich in der Richtung des Klassenkampfcharakters der Partei bewegt. Von diesem Gesichtspunkt aus finden die verschiedenen Antinomien zwischen Sozialdemokratie und Arbeiterpolitik ihre ganz selbstverständliche Lösung.

Wie steht es aber mit der Gewerkschaftsbewegung? Diese ist in Deutschland in geschichtlichen Zusammenhang und geistiger Einheit mit der Sozialdemokratie groß geworden, und die Bestrebungen, sich von der Partei zu emancipieren, sind verhältnismäßig jüngeren Datums. Sie steht im großen und ganzen, soweit sie in den großen Verbänden organisiert ist, auf dem Boden des Klassenkampfes, und der deutsche Polizeistaat sorgt unermüdlich durch gesetzgeberische Attentate, wie das preussische Vereinsgesetz und die Zuchthausvorlage, durch Wobstauer Urteile und sinnige Auslegung des Erpressungsparagraphen dafür, der Gewerkschaftsbewegung diesen Klassenkampfcharakter einzupauken. Immerhin hat das riesige Anwachsen der gewerkschaftlichen Bewegung — in den Jahren des Aufschwungs haben die Gewerkschaften ihre Mitgliederzahl verdreifacht, ihre Einnahmen fast verdreifacht und ihre Ausgaben vervielfacht — den Bestrebungen der „Neutralität“ täglich Nahrung gegeben, und die andere Strömung, die auf Emancipation vom sozialdemokratischen Denken hinielende Bewegung, ist bereits

Seuiletton.

Nachdruck verboten.

Der Vagabund.

Von Magim Gorki.

Trotzdem ich mich in der Dunkelheit an den Säulen stieß, marschierte ich tapfer in den Schmutzpfützen von Fenster zu Fenster weiter, klopfte leise mit dem Finger an die Scheiben und bat:

„Lassen Sie einen Wanderer für die Nacht ein!“

Als Antwort schickte man mich zu den Nachbarn, ins „Myl“, zum Teufel; aus dem einen Fenster versprach man, die Hunde auf mich loszulassen, aus dem anderen drohte man schweigend, aber recht viel sagend mit geballter Faust. Und eine Frau rief mir zu:

„Scher Dich nur fort, solange Du ganze Knochen hast. Mein Mann ist zu Hause.“

Ich verstand sie dahin: augenscheinlich empfing sie nur in der Abwesenheit des Mannes Obdachlose. Ich bedauerte, daß er zu Hause war und ging ich zum nächsten Fenster.

„Liebe Leute! Erlaubt Ihr einem Wanderer zu nächtigen?“

Man antwortete mir freundlich:

„Geh in Gottes Namen.“

Und das Bettler war schlecht — es rieselte ein feiner, kalter Regen, und die schmutzige Erde war dicht von der Dunkelheit umhüllt. Manchmal kam ein Windstoß irgend woher, ächzte leise in den Nesten der Bäume, rauschte in dem feuchten Stroh auf den Dächern und er-

zeugte noch viele traurige Töne, so daß er mit einer kümmerlichen Musik von Stöhnen und Seufzen die Stille der dunklen Nacht störte. Beim Anhören dieses traurigen Vorspiels zu dem rauhen Gedichte, das man Herbst nennt, waren die Menschen unter den Dächern wahrscheinlich schlecht gestimmt, und darum ließen sie mich nicht übernachten. Ich kämpfte lange mit diesem ihren Entschluß, sie widerlegten sich hartnäckig und zerstörten endgültig meine Hoffnungen auf ein Nachtlager unter Dach und Fach.

Dann ging ich aus dem Dorfe ins Freie hinaus mit dem Gedanken, hier vielleicht einen Schober Heu oder Stroh zu finden. . . obgleich nur der Zufall mir ihn in dieser dichten und schweren Dunkelheit zeigen konnte.

Aber da sehe ich, daß in einer Entfernung von drei Schritten etwas Großes und Dunkleres, als die Dunkelheit selbst, sich erhebt. Ich gehe dorthin und errate — es ist ein Kornspeicher. Die Kornspeicher werden nicht unmittelbar auf der Erde, sondern auf Pfählen oder Steinen gebaut; zwischen der Speicherdele und der Erde ist ein Raum vorhanden, wo ein anständiger Mensch sich frei bewegen kann — man muß sich nur auf den Bauch hinlegen und dorthin durchkriechen. Offenbar wollte das Schicksal, daß ich diese Nacht nicht nur unter einem Dache, sondern auch unter einer Dele zubringe. Damit zufrieden, kroch ich auf der trockenen Erde hin und suchte mit der Brust und den Seiten eine glattere Stelle für das Lager aus. Und plötzlich ertönt in der Dunkelheit eine ruhig warnende Stimme:

„Halten Sie sich mehr links, Wertester!“

Dies war nicht schrecklich, aber wahrlich unerwartet.

„Wer da?“ fragte ich.

„Ein Mensch . . . mit einem Stock . . .“

„Einen Stock habe auch ich.“

„Und haben Sie Streichhölzer?“

„Auch Streichhölzer habe ich . . .“

„Nun, gut!“

Ich erblickte darin nichts Gutes, denn meiner Ansicht nach konnte es mir nur dann gut gehen, wenn ich Brot und Tabak, nicht aber bloß Streichhölzer hätte.

„Was, in dem Dorfe läßt man nicht übernachten?“ fragte die unsichtbare Stimme.

„Man läßt nicht.“, antwortete ich.

„Auch nicht lieh man nicht.“

Dies war klar, — wenn er überhaupt um ein Nachtlager gebeten hatte. Aber er konnte auch nicht gebeten haben und war vielleicht nur deshalb hierher gekrochen, um den geeigneten Augenblick zur Durchführung irgend einer gewagten, unbedingten den Schutz der Nacht fordern den Handlung abzuwarten. Gewiß, jede Arbeit ist Gott gefällig, aber dennoch beschloß ich, meinen Stock fest in der Hand zu behalten.

„Haben einen nicht hereingelassen, Teufel!“ wiederholte die Stimme. „Die Knoten, bei gutem Wetter, da thun sie es, aber bei so einem — da kann man umsonst schreien!“

„Und wohin gehen Sie?“ fragte ich.

„Nach . . . Nikolajew. Und Sie?“

Ich sagte, wohin.

„Also Reisegefährten. Und nun brennen Sie mal ein Streichholz an, ich will rauchen.“

Die Streichhölzer waren feucht geworden — ich rieb sie sehr lange und ungeduldig an den Brettern über meinem Kopf. Sieh da, endlich flammte ein kleines Feuer auf und aus der Dunkelheit schaute ein bleiches Gesicht mit einem dichten schwarzen Barte hervor. Die

unüberwindbar geworden. Weniger der überspannte Macht-
dusel der Ueberkonoministen vom Schlage der Kampfmeyer
ist den Gewerkschaften zu Kopf gestiegen, als der Gedanke,
durch einheitliche Zusammenfassung aller gewerkschaftlichen
Bestrebungen die rein wirtschaftlichen Ziele der Bewegung
in ungeänderter Weise ihrem Ziele näher zu bringen. Zugleich
hat sich mit der Fällung der Rassenfarranke eine Erscheinung
geltend gemacht, für die der Pfarer Raumann sofort einen
seinen Fährer hatte. Er machte die Bemerkung, daß durch
die Anhäufung von großen, aus Arbeitergroßhosen mühsam
zusammengebrachten Geldmitteln das Verantwortlichkeits-
gefühl der leitenden Personen in den Gewerkschaften wachse
und die Streiklust sogar bei den Organisierten selbst in
dem Maße abnehme, je größere Mittel sie bei einem
Kampf zu riskieren haben. Raumann empfahl daher
die Gewerkschaften dem Schutze einer staatsverhaltenden, staats-
männischen Gesetzgebung, um ihre organische Verfertigung zu för-
dern und die also zur Staatsstreue gezähmten Organisationen
für seine nationalsozialen Zukunftsprojekte verwerten zu
können. Das Schlagwort von der „positiven Arbeit“ fand
auch bei den Gewerkschaftlern zahlreiche Anhänger, und die
deutsche Gewerkschaftsbewegung des letzten Jahrzehnts hat
in der einseitigen Macht- und Erfolgspolitik viel erheblichere
Erscheinungen aufzuweisen als die deutsche Sozialdemokratie,
trotzdem der Parlamentarismus bekanntlich die Hochschule
der Kompromisse ist und die Politik der Erfolge der natür-
lichen Lebhaftigkeit der politischen Partei eigentlich näher
liegen sollte als der nüchternen Gewerkschaftsbewegung.

Der bevorstehende Gewerkschaftskongress wird zeigen, wie
die „ideelle Rückspiegelung“ der Krise in der Gewerkschafts-
bewegung aussieht. Wir glauben die deutsche Gewerkschafts-
bewegung zutreffend zu beurteilen, wenn wir erwarten, daß
die schwereren, entscheidungsvollen Zeiten, denen die gesamte
Arbeiterbewegung in Deutschland entgegen geht, auch dieser
Bewegung die vorbehaltslose Rückkehr zu den guten alten
Traditionen nahelegen werden.

Politische Uebersicht.

Wien; Lemberg, Boryslaw.

p. h. In Wien fand am 2. Juni eine hochansehnliche Ver-
sammlung statt. Es wurde ein Hilfsverein für Lungenkranke
gegründet. Die Aristokraten, Kohlenwucherer und Kellame-
helden wimmeln nur so herum. Es war beinahe so, wie am
Tage vorher beim Derby. Auch Herr v. Koerber war an-
wesend und hielt eine große Rede mit viel klassischen Citaten.
U. a. sagte er: „Als ich in meinen jungen Jahren von dem
männlichen Hektor und dem vollverschlingenden Achilles
las, stoffen in meiner Phantasie die Ströme vergossenen Blutes
vor meinen Augen. Jetzt sehe ich an der Spitze des Mini-
steriums des Innern und sehe die Bittern der Erkrankten und
Verstorbenen. Was sind Hektor und Agamemnon gegen die
graufame Massenmörderin Tuberkulose.“ Das waren Worte,
die in Wien gesprochen wurden.

In Lemberg streifen die Bauarbeiter. Auch sie kämpfen
gegen die Tuberkulose, allerdings nicht mit klassischen Citaten.
Sie verlangen verkürzte Arbeitszeit und eine geringfügige Lohn-
erhöhung. Sie halten eine große Versammlung ab und demon-
strieren in würdiger Form für ihre Forderungen. Aber da
kommt den Bauarbeitern und Spekulant, diesen würdigen
Vertretern des östlichen Kapitalismus, die heilige Dreieinigkeit
von Polizei, Infanterie und Kavallerie zu Hilfe. Nach einer
halben Stunde schon konnte der offizielle Telegraph in alle Welt
melden: 40 Verwundete, 5 Tote. Das ist die moderne Ver-
waltung des Herrn v. Koerber in ihren Thaten.

Und nicht lange darnach kam eine andere Schreckenbotschaft:
eine große Grubenkatastrophe in Boryslaw. Bis jetzt gegen
20 Tote, die Zahl der Verwundeten ist noch unbekannt. Das
ist die moderne Verwaltung in ihren Unterlassungen.

Nun wird Herr v. Koerber im Parlament Rede stehen
müssen. Denn er kann die Schuld nicht von sich abwälzen,
daß er während seiner zweijährigen Ministerchaft die politischen
Behörden nicht besser erzogen hat. Unter keinem der früheren
reaktionären Ministerien sind so viel Opfer gefallen, als unter
Herrn v. Koerber, der mit der rechten Hand die Tuberkulose
bekämpft und mit der linken alle Statthalter und Polizei-
kommissare schützt, die sich mit dem Blut des Volkes besetzt
haben.

Die amtliche Darstellung über das Blutbad in Lemberg
ist in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erfolgt.
Offiziosus Wolff berichtet darüber:

Ministerpräsident v. Koerber erklärt, er könne nur an-
nehmen, daß der erste von so verhängnisvollen Folgen be-
gleitete Angriff auf das Militär die Folge eines Fehlers
war, indem die erregten ausländischen Arbeiter glaubten, daß
die herannahende Infanterie-Compagnie ihrem Wege komme,
während sie in Wirklichkeit von der Uebung heimkehrte und
keineswegs den Auftrag hatte, sich gegen die Arbeiter zu wenden.
„Die Truppen“, fährt der Minister fort, „mußten von der
Feuerwaffe Gebrauch machen, da sie mit Steinwürfen und
Revolvergeschüssen empfangen wurden. Trotz gültlicher Burede
und wiederholter Aufforderungen der Polizeiorgane wich die
Menge nicht von der Stelle, sondern setzte die Steinwürfe
fort. Insgesamt sind von den 14, dem Krankenhaus über-
gebenen Personen bis heute mitlag drei gestorben,
darunter zwei infolge von Schußwunden und ein Mann,
welcher niedergetreten worden war. Ein Verletzter be-
findet sich in Lebensgefahr, die anderen blieben unversehrt.
Zehn Husaren sind verletzt, darunter einer lebensgefährlich, die
übrigen leicht verwundet. Die eingeleitete strenge Untersuchung
wird volle Klarheit schaffen, ob die von der Sicherheitsbehörde
getroffenen Anordnungen ausreichen. Der Ministerpräsident
erklärt ferner, die Regierung sei bestrebt, durch Schaffung von
Arbeitsgelegenheit die Lage der Lemberger Arbeiterchaft zu bessern,
aber trotz der Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten gäre es
fort. Redner weist sodann die gegen die Armees gerichteten
Verhörungen der Sozialdemokraten zurück und erklärt, die Armees
stehe zu hoch, als daß sie durch derartige Angriffe getroffen
werden könnte, sie habe überall und jederzeit glänzend ihre
Pflicht erfüllt. (Weisfall, Lärm und Zwischenrufe der Sozial-
demokraten.) Der Ministerpräsident erklärt weiter, die Regierung
werde mit allem Nachdruck zur Beilegung der Streitigkeiten
hinwirken und nichts unversucht lassen, damit die Ordnung und
die Sicherheit in Lemberg wiederkehren. Die notwendige Ver-
mehrung der Lemberger Sicherheitswachen werde in kürzester
Zeit durchgeführt werden. (Weisfall.) Der Redner wurde im
letzten Teil seiner Rede durch wiederholten Lärm unterbrochen.

Nachdem der Ministerpräsident geendet hat, beantragt der
Abgeordnete Bernerstorfer die sofortige Debatte über die
Erklärung des Ministerpräsidenten zu eröffnen. Der Antrag
wird mit 115 gegen 80 Stimmen abgelehnt.

Bedeutendes Mißverständnis, Fretum der Arbeiter, Not-
salven des Militärs — dieses ganze Requisit von Minister-
erklärungen bei einem Streikblutbad hat man erst vor wenigen
Wochen gehört. Auch da war es ein Fretum und auch da
halte die Regierung ihre echte Wiener „Gemütslichkeit“ auf Lager,
um den Opfern des Fretums ein paar sentimentale Worte
nachzuweinen. In Oesterreich gehen Gewehrerschüsse ebenso leicht
los wie Ministerkränzen.

Die jämmerlichste Figur freilich macht in diesem Parlament
nicht der Regierungsvorsteher, der ein Blutbad amtlich recht-
fertigen muß, sondern die „Majorität“, die den Dringlichkeits-
antrag ablehnt und sich damit durch einige bürokratische
Grinassen befriedigt erklärt. Dafür haben die albenkischen
Hanswürste Schönerer'scher Couleur einen Genehmigungsantrag
über den Frieden in Sidafrita eingebracht, der die Grausamkeit
der englischen Kriegführung und die Härte der Friedens-
bedingungen brandmarken soll. Kann man es den Engländern
verdenken, wenn ihnen dieser Antrag ähnliche Empfindungen er-
weckt, wie wenn einige Hottentottenhäuptlinge in einem Kaffern-
kraal zusammenstehen und ein moralisches Mißbilligungsvotum
über die Grausamkeiten der russischen Polizei fällen würden?
Dieses elende Parlament, dem das Blut der eigenen Landes-
kinder so gleichgültig ist, hat kein Recht über die Kriegführung
civilisierter Staaten zu Gericht zu sitzen, auch wenn diese noch
so launisch sind.

Vom Bauarbeiterkriegschauplatz wird noch gemeldet:

Lemberg, 3. Juni. Zur Beilegung des Ausstandes der
Bauarbeiter fanden heute Verhandlungen statt, die jedoch zu
seiner Einigung führten. Infolgedessen durchzogen nachmittags
Arbeitercharen von neuem die Stadt. Auf dem Marienplatz
fanden Ansammlungen statt; es gelang jedoch, die Menge ohne
Anwendung der Waffe zu zerstreuen. Bei den städtischen
Mantischranken wurden Wagen, welche Nahrungsmittel nach
der Stadt führten, von Arbeitern geplündert. Auch in den
benachbarten Ortschaften Dublanj und Basiwola kam es zu
Arbeiterausbreitungen.

Es geht also doch „ohne Anwendung der Waffe“!

großen, klugen Augen blickten mit einem Lächeln auf
mich, dann bligten unter dem Schnurbarte die weißen
Zähne auf und der Mensch sagte zu mir:

„Wollen Sie rauchen?“
Das Streichholz brannte zu Ende. Ein zweites
wurde angezündet, und bei dessen Schein beschauten wir
einander noch einmal, worauf mein Schlafkumpen über-
zeugt meinte:

„Nun, es scheint, wir brauchen uns keinen Zwang
anzuthun . . . nehmen Sie eine Cigarette.“

Er selbst hatte eine im Munde, die beim Rauchen
aufflammte und sein Gesicht mit einem schwachen, röt-
lichen Scheine beleuchtete. Um die Augen herum und auf
der Stirn hatte dieser Mann viele tiefe und fein ge-
zeichnete Runzeln. Vorhin hatte ich beim Scheine des
Streichholzes bemerkt, daß er in die Ueberreste eines
alten wattierten Ueberziehers gekleidet, mit einem Strick
umgürtet war und an den Füßen Schuhe aus einem
ganzen Stück Leder hatte — eine Art Lappländerschuhe,
„Porjchni an Don“ genannt.

„Sind Sie ein Pilger?“ fragte ich.
„Ja, ich wandere zu Fuß. Und Sie?“
„Ich auch.“

Er drehte sich um und bei dieser Bewegung klirrte
etwas aus Metall — offenbar eine Theefanne oder ein
Steffelchen, das unentbehrliche Zubehör eines Pilgers zu
den heiligen Stätten. Aber in seiner Stimme war keine
Spur jener fuchsähnlichen Scheinheiligkeit, die den
Pilger immer verrät, in seinem Tonfall Klang nicht die
dem Pilger eigentümliche spitzbüßische Salbung und bis
jetzt enthielten seine Reden keine frommen Seufzer, keine
Worte aus der heiligen Schrift. Ueberhaupt hatte er
keine Ähnlichkeit mit einem Berufsbummeler zu den

heiligen Stätten, mit dieser schlimmsten Gattung des
ungezählten „wandernden Rußlands“ — der schlimmsten
dank ihrer moralischen Eigenschaften und infolge der
Menge von Lug und Uberglauben, mit denen diese Art
Menschen das geistig hungrige, ewig dürstende Dorf ver-
seucht. Außerdem ging er ja auch nach Nikolajew, wo
keine Heiligthümer und Reliquien sind.

„Und woher kommen Sie?“ fragte ich.
„Von Astrachan.“

In Astrachan sind auch keine Reliquien.
Darauf fragte ich:

„Wohin Sie gehen „von Meer zu Meer“ und nicht zu
den heiligen Stätten?“

„Rehre auch in die heiligen Stätten ein. Warum
soll man auch nicht in eine heilige Stätte eintreten? Mit
Bergnügen thue ich es . . . dort giebt es immer gutes
Essen . . . besonders, wenn man mit den Mönchen ver-
traut wird. Unfeiner wird von ihnen sehr geachtet,
da er eine große Abwechslung in ihr Leben bringt. Und
welcher Meinung sind Sie?“

Ich setzte meine Ansicht auseinander.
„Futterplage. Und woher kommen Sie? Ma!
Langer Weg. Brennen Sie ein Streichholz an — wir
wollen noch rauchen. Beim Rauchen wird es einem
wärmer . . .“

Es war thatsächlich kalt, sowohl von dem Winde,
der ab und zu frisch zu uns hereinlog, als auch von den
nassen Kleidern.

„Vielleicht wollen Sie essen? Ich habe Brot, Kar-
toffeln und zwei gebratene Krähen . . . ist's gefällig?“

„Krähen?“ fragte ich neugierig.
„Sie essen sie nicht? Schade . . .“

Er schob mir ein großes Stück Brot zu.

Deutsches Reich.

Parlamentarische.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 3. Juni. Der Reichstag trat heute zu seiner
ersten Sitzung nach der vierwöchigen Pflanzpause zusammen.
In Anbetracht der den Agrariern so sehr am Herzen liegenden
raschen Verabschiedung der Brennsteuernovelle hatte Dieselben
seine gesamten Mannen in den Kuppelbau am Königsplatz ent-
sandt, auch das Centrum war, der Wohnung seines Fraktions-
vorsitzenden Grafen Hompech gehorsam, in dichten schwarzen
Scharen herbeigeekilt, so daß an der reichlichen Beschlußfähigkeit
des hohen Hauses nicht zu zweifeln war.

Präsident Graf Ballestrem begrüßte die Anwesenden mit
etwas magerem Grusse und gedachte dann des elementaren
Unglücks, das die französische Insel Martinique vor kurzem
in so furchtbarer Weise betroffen hat. Er sprach der „edlen
französischen Nation“, wie er sich galant und lakonisch
ausdrückte, das Mitgefühl des deutschen Reichstages aus. Die
Abgeordneten hörten diese Worte stehend an.

Dann trat man ein in die eigentliche parlamentarische Arbeit.
Zunächst wurde, wie schon vorher angekündigt, das zur zweiten
Beratung stehende Saccharinsteuergesetz, wonach das Ni-
logramm Saccharin mit einer Steuer von 80 Mt. belastet werden
soll, an die Zuckersteuerkommission zurückverwiesen,
weil die Ermäßigung der Zuckersteuer, wie sie die Brüsseler
Konvention enthält, auch eine anderweitige Regelung der Saccharin-
steuer als angezeigt erscheinen läßt. Wichtiger als dieser Grund
ist den Agrariern allerdings die Absicht, in der Zuckersteuer-
kommission die gänzliche Entroffnung, d. h. Monopolisierung
der deutschen Saccharinindustrie ins Werk zu setzen. Unsere
Genossen werden im Verein mit den Freisinnigen dafür zu
sorgen wissen, daß diese neueste Ausgeburt agrarischen Größen-
wahns nicht durch irgend eine Ueberzumpelung zur Wirklichkeit
werde.

Auf das Saccharin folgte der Schnaps. Die dritte Beratung
der Branntweinsteuernovelle wurde bekanntlich im Mai
vorigen Jahres abgebrochen, weil sich das Plenum des Reichs-
tages als beschlußunfähig erwies. Der Reichstag hat dann im
Januar die dritte Beratung wieder aufgenommen und das Gesetz
an die Kommission zurückverwiesen, aus der es jetzt, mit weit-
schichtigen neuen Bestimmungen im Interesse der Großgrund-
besitzer und der großen Brennereien bepackt, ans Plenum zurück-
gelangt ist. Der Reichstag sieht sich damit in der eigentümlichen
Lage, über eine Anzahl wichtiger, die Konsumenten schwer
belastender neuer Bestimmungen in einer einmaligen dritten
Beratung das endgültige Votum abgeben zu müssen — noch dazu
in einer höchst komplizierten Materie, in der sich kaum noch die
Interessenten und, wie Geheimrat Corrdör in der Kommission
erklärt, die Centralbehörden zurechtfinden können.

Die Beratung wurde bei den Bestimmungen über die Ver-
brauchsabgabe fortgesetzt. Wurm hielt dabei eine sachkundige
und wirksame Abrechnung mit der Ausbeutungs- und Ueber-
gaben-Politik der Fiskusbarone, in deren Taschen das Volk
jährlich die Riesensumme von 64 Millionen abladen muß.
Dazu kommen noch die an das Reich zu zahlenden 120 Mill.
Mark Verbrauchssteuern! Wurm trat der albernen Verdräch-
tung entgegen, als ob die Sozialdemokratie die Verdrächlung
der Trunksucht zu fördern suche und legte die einzige rationale
Art zur Befundung der vor dem Krach stehenden Spiritus-
industrie dar.

Die Rechte befolgte die Taktik, ihre eigenen Ausbeutungs-
gefühle möglichst totzuschweigen; sie nahm die Anklagereden der
Opposition, für die auch die Abgg. Pachnick und Müller-
Sagan sprachen, hin, ohne viel darauf zu erwidern. Es erstand
ihre aber ein unerwarteter Helfer in dem preussischen Finanz-
minister Herrn v. Rheinbaben, der sich mit großem Eifer
der Interessen der Spiritusindustrie annahm. Es gilt ja neuer-
dings in hochstehenden Kreisen für modern, die Belichtung
und das Kochen mit Spiritus als eine „nationale“ Großthat
zu empfinden. Die Nationalliberalen klafften wieder mal heil-
los auseinander: Herr Semler versteht überhaupt den ganzen
Krempel nicht und ist gegen, sein Freund Paasche aber für die
Kommissionsvorlage, deren § 1 schließlich mit einer erdrückenden
agrarischen Majorität angenommen wurde.

Damit war auch die von der Kommission beschlossene Auf-
hebung der Steuerfreiheit des in Apotheken ver-
wandten Spiritus vom Plenum bestätigt; auch unsere Ge-
nossen traten für die Befestigung des Privilegiums ein.

Die Beratung geblieb bis § 4; überall wurden die Vor-
schläge der Kommission angenommen. Morgen geht die Debatte
weiter.

„Ich habe noch keine Krähen gekostet . . .“
„Hier, kosten Sie. Im Herbst sind sie sehr schmack-
haft. Und außerdem ist es viel angenehmer, eine eigen-
händig gefangene Krähe zu essen, als Brot oder Speck,
die einem von der Hand eines Nächsten aus dem Fenster
seines Hauses gereicht werden . . . seines Hauses, das
man immer, nachdem das Almosen gereicht ist . . . Luft
hat, anzuzünden . . .“

Das war ganz vernünftig gesprochen, vernünftig und
resolut. Der Gebrauch von Krähen als Speise war für
mich neu, rief aber in mir kein Erstaunen hervor — ich
wußte, daß die „Rakly“ im Winter in Odesa Ratten
essen, in Koftow — Schnecken. Was ist dabei Un-
erhörtes? Sogar die Pariser verzehrten während der
Belagerung mit Vergnügen allen möglichen Schund, und
es giebt Menschen, die ihr Uebelang im Belagerungs-
zustande sind.

„Und wie fangen Sie die Krähen?“ erkundigte ich
mich.

„Selbstverständlich nicht mit dem Munde. Man
kann sie mit einem Stocke oder mit einem Steine tot-
schlagen, aber sicherer ist es — sie zu angeln! Man
muß an das Ende einer langen Schmir ein Stück Fett,
Fleisch oder eine Brotrinde anbinden. Die Krähe er-
wischt es, verschluckt es und — man braucht nur zu
ziehen! Darauf dreht man ihr den Hals um, rupft sie,
weibet sie aus, steckt sie auf einen Stock und brät sie über
dem Feuer.“

„Es wäre schön, jetzt beim Feuer zu sitzen!“
seufzte ich.

(Fortsetzung folgt.)

Intra muros!

Die Abschließung der akademischen Mythen, ihrer Priester und ihrer Jünger, von der profanen Außenwelt macht Fortschritte. Eben erst hat der akademische Senat in Berlin einen Schiedsgericht um die Univerfittät gelegt, so folgt auch die Kollegien in Kiel nach. Allerdings handelt es sich hier um einen akademischen Lehrer, nicht um einen Studenten; allein die befeidigte staatliche Autorität macht seit der laxen Kronis ebenso wenig vor den mittelalterlichen Privilegien der Univerfittäten als die Univerfittät selbst, wenigstens in Ansehung ihrer disciplinarischen und strafrechtlichen Abhandlung. Den Herren Professoren und Studenten wird das privilegium odiosum vorbehalten, sowohl strafrechtlich extra muros als auch disciplinarisch intra muros verfolgt zu werden, oder je nach Bedarf das eine oder das andere, wie es eben gerade die höhere Staatsraison verlangt.

Die jähre Flucht aus der Offenlichkeit des Reichstags in die peinlich abgescherrte Zurückgezogenheit des akademischen Disciplinarverfahrens weist zur Abwechslung einmal der Fall des Professors Lehmann-Hohenberg in Kiel auf, den der staatlich bestellte Hohepriester der akademischen Bonzen, der preussische „Minister des Geistes“ Dr. Studi vor dem Hohen Rat der Berichten aburteilen lassen will. Dieser hatte in Sachen des bekannten blindgeschossenen Hauptmanns Luthmer einen offenen Brief an den Reichstagsler gerichtet, für den er nunmehr zur Verantwortung gezogen werden soll, freilich nicht zur gerichtlichen Verantwortung, welche im öffentlichen Verfahren die ganze Affaire Luthmer materiell aufrollen würde, sondern zur disciplinarischen Maßregelung durch die Herren Kollegen. Und doch ist das Vorgehen des Professors ein ganz gewöhnliches Beleidigungsdelikt nach §§ 185, 186 des Reichsstrafgesetzbuchs. Wäre Lehmann-Hohenberg ein ordentlicher Staatsbürger, so würde man ihn vernünftig aus guten Gründen umgeschoren lassen; nun ist er akademischer Professor in Preußen und als solcher preussischer Beamter, und so kommt er vor die Disciplinarkammer, obgleich sein Vergehen mit seiner akademischen Verantwortlichkeit so wenig zu thun hat, wie wenn er im Uebermut einige Fenster eingeworfen hätte.

Solche Fälle sind wohl für den Betroffenen persönlich bedauerlich, allein im öffentlichen Interesse nichts weniger als beklagenswert, insofern dadurch jedesmal ein Feigen des hehren Priesteramts der Wissenschaft abgerissen wird, in dessen breitem Faltenwurf sich die akademischen Leuchten noch immer gerne dem bürgerlichen Borwurf produzieren. Sogar der deutsche Spießher muß nach und nach begreifen lernen, daß er in diesen „voraussetzungslosen“ Gefäßen der reinsten Wissenschaft nichts anderes vor sich hat als — preussische Beamte, staatlich bestellte Gewandmen der staatlich erlaubten und polizeilich abgestempelten Gutesinnigkeit, die mangels staatlichen Wohlverhaltens ebenso sicher disciplinieren und gemäßregelt werden, wie der letzte Wirtel, in dessen Händen vielleicht ein sozialdemokratischer Stimmgabel erblickt worden ist.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

gr. Im vorigen Jahre gelangten an die Adresse des Kaisers und des bayerischen Prinzregenten anonyme Postkarten mit Todesandrohungen und unsittlichen Beschimpfungen. Es wurde eine umfangreiche Untersuchung eingeleitet, in deren Verlauf man den Täter in dem Speyerhändler Engelhardt von Nürnberg zu erkennen glaubte, der wegen ähnlicher Schreiben an den Bürgermeister von Nürnberg und an Gerichtsbeamte u. a. vor einigen Monaten zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Das Landgericht Nürnberg sprach den Angeklagten wegen der Majestätsbeleidigung frei, da die Gutachten der Schriftexperten weit auseinander gingen.

* Berlin, 4. Juni. Für das preussische Herrenhaus soll als Termin des Wiederauftritts der 26. Juni in Aussicht genommen sein, um den Mitgliedern die „Unbequemlichkeit“ zu ersparen, daß möglicherweise bei einer früheren Einberufung das Herrenhaus zur Erledigung rückständiger Beschlüsse des Abgeordnetenhauses nochmals zusammentreten müßte.

Die Handelsvertragverhandlungen mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn sollen von seiten Italiens Anfang September beginnen.

Der Bund der Industriellen hat eine Resolution gefaßt, welche die Beschlüsse der Zolltarifkommission betreffend die landwirtschaftlichen Erzeugnisse für eine schwere Schädigung des Gesamtinteresses der Nation und insbesondere der Industrie erklärt und auch gegen eine Erhöhung der Zölle auf Rohstoffe und Halbfabrikate, welche die Produktion der Fertigungsindustrie belasten, Stellung nimmt.

Der Vorwärts gefaßt sich in der Behauptung, wir haben „einen Anlaß an den Haaren herbeizuziehen gesucht, um auf eine vage Vermutung hin gar nicht zur Sache gehörige private und persönliche Streitigkeiten auszutragen“.

Wir sind überzeugt, daß uns unsere Leser bestätigen werden, daß wir es in unserer Polemik mit dem Vorwärts und nur mit dem Vorwärts zu thun hatten und daß unsere Ausstellungen an den Betrachtungen unseres Centralorgans rein sachlich und in keiner Weise gegen irgend einen Parteigenossen persönlich gewesen sind. Wenn der Vorwärts jetzt in plötzlicher Erleuchtung uns andere Motive unterstellt, so spricht daraus nur das schlechte Gewissen — des Vorwärts.

Uebrigens hat sich der Verfasser der beiden ersten Vorwärts-Artikeln bei uns jetzt persönlich gemeldet.

Das Arbeitspensum des Reichstags. In der gestrigen Sitzung des Seniorsenats des Reichstags schlug Präsident Graf Ballestrem vor, zuerst, nachdem das Silbergesetz voraussetzlich an die Zuckerkommission verwiesen sein wird, das Brauntweinsteuergesetz bis zur Schlussabstimmung ausschließlich zu erledigen, dann die Brüsseler Konvention und schließlich das Zuckergesetz zu behandeln, worüber die Berichte der Kommission Ende dieser Woche zu erwarten seien. Die Schlussabstimmung über Brauntwein- und Zuckergesetz soll am einem Tage stattfinden. Ferner sollen noch das Vogelsteuergesetz, die Vorlage betr. Aufhebung des Diktatorparagraphen, die ostafrikanische Bahn und einzelne Rechnungssachen zur Verabschiedung gebracht werden. Aus der Mitte des Seniorsenats wurde angeregt, auch noch den Toleranzantrag zwischen Brauntwein und Zucker einzuschleppen. Dieser Vorschlag fand die Billigung des Seniorsenats.

Die Zuckerkommission des Reichstags nahm am Dienstag zunächst die Abstimmung über die Anträge vor, die sich auf die Höhe der Zuckerversteuer beziehen. Der Antrag der

Sozialdemokraten auf Aufhebung der Zuckerversteuer wurde gegen 3 Stimmen abgelehnt und mit 12 gegen 10 Stimmen der Antrag Waacke angenommen, der die Zuckerversteuer vom 1. September 1902 ab auf 12 Mk., vom 1. September 1905 ab auf 10 Mk. festsetzt. Ferner wurde ein Antrag des Centrums, den Eingangszoll für Zucker, für welchen im Erzeugungsland keine Prämie gewährt worden ist, für raffinierten und diesem gleichgestellten Zucker auf 4.80 Mk. für anderen Zucker 4.40 Mk. mehr festzusetzen, als die jeweilige Verbrauchsabgabe für inländischen Rübenzucker (Zuckerversteuer) beträgt, angenommen. Der Ursprung des Zuckers soll bei der Einfuhr nachgewiesen werden.

Der Schiffsahrtstrust im Reichstag. Die konservative Fraktion des Reichstags hat auf Antrag des Grafen Kanitz beschlossen, folgende Interpellation einzubringen: Die Unterzeichneten erlauben sich, an den Herrn Reichstagsler folgende Anträge zu richten: Welche Bedeutung für den deutschen Seehandel ist nach Auffassung der verbundenen Regierungen der amerikanisch-englische Schiffsahrtstrust und den von deutschen Schiffsahrtsgesellschaften mit demselben getroffenen Vereinbarungen beizumessen?

„Regierungsmüde“ soll wieder einmal Herr v. Thielen sein. Dieser Minister erweist sich einer so zarten Konstitution, daß sein ministerielles Ableben jedes Jahr in den heißen Sommermonaten erwartet wird. Und doch scheint mit diesem Ministerdasien der Kanal so eng verbunden, daß seine private Regierungsmüdigkeit fast wie — Kanalunfähigkeit der Regierung ausbleibt. Sollte es wirklich im Ernst so weit sein?

Als „energieloses Fortwursteln“ bezeichnete der national-liberale Reichstagsabgeordnete Wasser mann auf dem Parteitag der rheinischen Nationalliberalen in Elberfeld die Politik der Reichsregierung beim Zolltarif, dessen Ausfichten „auf Null gesunken“ sein. Vor den Neuwahlen werde der Zolltarif nicht zu erledigen sein.

Ob die letztere Erkenntnis wohl bei der Parlamentsmüdigkeit Wassermanns mitspielt? Jedenfalls hat ihm die Parlamentsmüdigkeit die Zunge gelöst.

Der Sandenprozeß. (Sechster Verhandlungstag.) Schließlich werden Regierung und Befehgebung noch als ideale Urheber des Sandenprozeß hingestellt. „Unter der Geltung der Normativbestimmungen (gesetzliche Umgrenzung des preussischen Hypothekendarlehnens, wodurch dieses gegenüber dem süddeutschen benachteiligt erscheint) können die Hypothekendarlehen nicht arbeiten, aber ich weiß nicht, was ich an deren Stelle setzen kann.“ Das hatte Minister Dr. Lucius dem Angeklagten Heinrich Schmidt, der seiner Zeit über diese Kollage eine Broschüre verfaßt hat, selber zugestanden. Da griff man denn zu riskanten Geschäften, wollte man sich doch nicht die Zantienen und Dividenden abknapsen lassen.

Nach der Feigenvernehmung über die Verhältnisse des Märkischen Immobilienvereins und der Neuen Berliner Baugesellschaft beschäftigt sich das Gericht ausschließlich mit der Anklage auf Bilanzverschleierung bei der Preussenanf. Das Material für die Jahresbilanzstellung wurde von Buchmüller und Sanden bearbeitet, dann auf 1 bis 2 Tage Schmidt und schließlich den Bilanzrevisoren zur Prüfung vorgelegt. Die Angeklagten halten sich für gänzlich schuldlos, die Revisoren haben sich stets auf Ed. Sanden verlassen, den man in geschäftlichen Dingen, wie Buchmüller sagt, als Autorität betrachtete. Warum dann eigentlich an diesem Geschäftsabsolutismus noch das Feigenblatt statutarischer Revision? Da Sanden seine unumschränkte Geschäftsführung nicht wahr haben will, ruft ihm sein früherer Mitdirektor Heinrich Schmidt zu: „Herr Kommerzienrat Sanden hat mit mir niemals über Bilanzen gesprochen. Sollte ich von einer einzigen Intorrettheit oder von einer einzigen Schiebung die geringste Kenntnis gehabt, so würde ich nimmermehr die Bilanzen unterschrieben haben. Ich weiß nicht, wie Herr Sanden zu seiner Behauptung kommt. Wer die Suppe einbrocht, ist sie doch auch aus!“

Ein Beispiel für Sandens Bilanztechnik: Am 31. Dezember 1896 war die Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypotheken der Preussenanf. 10302645 Mk. schuldig, während die letztere ihrerseits der Deutschen Grundschuldbank 10651513 Mk. schuldig war. Statt nun mit diesen Beträgen die Aktiengesellschaft unter dem Aktivposten „Guthaben“ und die Deutsche Grundschuldbank unter dem Passivposten „Diverse Kreditoren“ aufzuführen, ist unter den Aktiven die Schuld der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypotheken ganz weggelassen und unter den Passiven der gleiche Betrag abgesetzt, indem die Deutsche Grundschuldbank statt mit 10651513 Mk. mit nur 348887 Mk. berücksichtigt wurde. Damit verringerte sich natürlich sowohl das Debitoren- wie das Kreditorenkonto beträchtlich, was für die Beurteilung der Geschäftslage schwer ins Gewicht fällt. H. Schmidt sucht sich demgegenüber von aller Schuld reinzuwaschen durch das Beständnis, „daß er im allgemeinen von Bilanzen nichts verstanden habe.“ Und das sagt der kaufmännische Leiter, der zweite Direktor einer großen Bank. Wie soll aber die Offenlichkeit aus Bilanzen instruiert werden, mit denen der Bilanzmacher schon seinen nächsten Kollegen einzuflehen vermochte? Wenig Weisheit hat doch der Kapitalismus zur Regierung nötig.

Als der Sachverständige Dr. Hecht scharf die Bilanzanstellung brandmarkt und, wie es von ihm als Verfasser eines grundlegenden Werkes über die Organisation des Bodenkredits in Deutschland, als Bearbeiter des Artikels „Hypothekendarlehen“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften u. d. erklärlich und nur dankenswert erscheinen kann, seine Beurteilung volkswirtschaftlich und juristisch begründet, sucht ihn die Verteidigung durch Zwischenrufe zu stören, und verlangt nach Schluß des Gutachtens einen anderen Sachverständigen, wahrscheinlich einen, dessen Ausführungen nicht so weh thun. Das Gericht giebt diesem Wunsch nicht Folge.

Der ehemalige Unteroffizier Marten ist gestern aus dem Gefängnis in Danzig entlassen worden und in Gumbinnen eingetroffen. Er wurde von den Eltern und der Schwester empfangen. Zahlreiche Erwachsene und Kinder, die von einem Schulausflug heimkehrten, begrüßten Marten mit Hurraufen und waren in die Tagamentdrofche, in welcher er saß, Blumen und Strauße.

Spärediger a. D. Stöder will sich reinwaschen — von allen Flecken, die sein Charakterbild verunzieren. Wir müssen aber noch etwas darauf warten. In ca. zwei Monaten ist sein juristischer Vertreter so weit, so fährt dieser in einem Prozeß gegen unseren Parteigenossen Redakteur Röske aus Königsberg aus, der Stöder Mangel an Wahrheitsliebe nachgesagt hatte. Die Verhandlungen wurden demgemäß verlagert.

Im Wahlkreise Vayreuth fehlt noch immer das Wunderlied, das Liberale und Landwirte gemeinsam an die Wahlurnen tragen soll. Auch die auf Sonntag den 1. Juni vom Vorstand

des Nationalliberalen Vereins Vayreuth einberufene Versammlung der Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei brachte noch keine Entscheidung über die bürgerliche Reichstagskandidatur. Der Generalsekretär der nationalliberalen Partei, Herr Bagig aus Berlin, empfahl eine Einigung der verschiedenen Parteien zum Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie. Es wurde dann der Wunsch ausgesprochen, es möge Herr Bagig selbst kandidieren. Die Vertreter des Bundes der Landwirte erklärten, daß sie für den Bund der Landwirte noch keine definitive Erklärung abgeben könnten. Was nun?

München, 3. Juni. In der heutigen Landtagsitzung mußte die Kammer einige ungeheuerliche Kostenüberschreitungen beim Bau von Posthäusern in München und Würzburg bewilligen. In der letztgenannten Stadt war der ursprünglich genehmigte Kredit um nicht weniger als 29 Prozent überschritten worden. Die Schuld daran trägt der Vorstand der vereinigten Bauvereine der Verkehrsanstalten, der sich einbildet, alles selbst entwerfen zu können. So ist nachgewiesen, daß der betreffende Herr sogar die Zeichnungen für Abortdeckel selbst entworfen hat, während die ihm untergebenen Architekten höchstens seine Zeichnungen mit Tusche nachzeichnen dürfen. Die Kammer war natürlich höchst empört über diese Zustände, bewilligte aber trotzdem die Nachforderungen, da der Minister um Indemnität gebeten hatte.

Die Wahlrechtsresolution der unteren Kammer wurde auch vom Ausschuß der Reichsratskammer einstimmig zum Beschluß erhoben.

Frankreich.

Sieg der Linken. — Die revolutionär-sozialistische Kammerfraktion.

(;) Paris, 2. Juni. Die erste Kraftprobe in der neuen Kammer ist zu Gunsten der Linken ausgefallen. Auch die geheime Abstimmung hat dem Kandidaten der Rechten, dem früheren Kammerpräsidenten Deschanel, nichts genützt. Er unterliegt mit 267 gegen 303 auf Louis Bourgeois gefallene Stimmen, trotz eines Abstimmungsmodus, der die Vereinerkennung mancher Wähler begünstigt, trotz seiner falschen „Liebeswürdigkeit“, seiner feinen parlamentarischen Dinerie, trotz seiner verzweifelten Persönlichkeit, bis zur Würdelosigkeit findenden Wahlkampagne. Desto bedeutamer aber ist der Sieg der Linken. Ihre Mehrheit von 36 Stimmen wird erfahrungsgemäß schon bei der definitiven Bureauwahl wachsen.

Die vereinigten vier linksrepublikanischen Gruppen haben noch ein übriges gethan, um die Bureauwahlen zu einer politischen Kundgebung — zum Gebrauch des Präsidenten Loubet zu gestalten. Auf das Drängen der Radikalen und Linkenradikalen und trotz des anfänglichen Widerstrebens der Delegierten der radikalen Fraktion, wurde beschlossen, den Ministern im provisorischen Bureau keinen einzigen Sitz zu überlassen. Und die Kammermehrheit ratifizierte diesen Beschluß: Die zwei Vicepräsidenten-Kandidaten der Linken siegten ebenfalls glatt im ersten Wahlgang mit 290 und 281 Stimmen gegen 211 Stimmen des Ministern und 157 Stimmen des Nationalisten.

Am Vorabend der Wahl hatte der hohepriesterliche Tempel offen für Deschanel Partei ergriffen, um die liberale Verschwichtigungspolitik zu retten, um die linksrepublikanische Konzentration zu ermöglichen. Dabei erinnerte er nachdrücklich und tolllos an die Verschwichtigungsrede Loubets in Dünkirchen. Das Ergebnis der Bureauwahlen bedeutet daher die Niederlage der Konzentration-Intriegen, das Ende der linksrepublikanischen Hoffnungen, sich namens der „republikanischen Einigung“ in das neue Ministerium einzuschleichen.

In seiner Inauguralrede hat Louis Bourgeois seine Wahl richtig gedeutet, indem er von dem dringenden Willen der Wählerschaft sprach, die „notwendigen Reformen“ verwirklicht zu sehen, von denen „die französische Demokratie für die Bürger mehr Licht, Gerechtigkeit und wirksamere Brüderlichkeit erwartet.“ Bezüglich der allernächsten Mandatsprüfungsarbeiten der Kammer verwickelte er unter dem demonstrativen Beifall der Mehrheit auf die Pflicht, „schonungslos gegenüber der Korruption und dem Betrug“ zu sein — das zielte auf die Verfall-nationalistischen Wahlmogeleyen, die stürmische Debatten versprechen. Dann schloß natürlich nicht die obligatorische Beweisführung der Bilanzreise Loubets und der russischen Allianz, die alle bürgerlichen Politiker einigt. Nur hat ihr der radikale Diplomat aus dem Eigenen einen „höheren Gedanken des Rechts, des Fortschritts und der Menschlichkeit“ angeblendet. Diese Stelle der Inauguralrede gefiel einem Teil der Mehrheit schon weniger; die Beifallszeichen verpflanzten sich weiter nach rechts, während die äußerste Linke kalt blieb.

Die Kammerfraktion der Revolutionär-Sozialistischen Einigkeit hat in ihrer konstituierenden Versammlung die prinzipielle Grundlage ihrer Vorgängerin bestätigt, d. i. die Prinzipien-Erklärung der P. S. de F. (Parti Socialiste de France), und beschlossen, daß ihre Mitglieder keiner anderen parlamentarischen Fraktion zugleich angehören dürfen. Ferner hat sie folgende Resolutionen votiert: Die Fraktion, das parlamentarische Organ der revolutionär-sozialistischen Politik, weit entfernt davon, sich den Reformen entgegen zu setzen, wird nach wie vor von der republikanischen und radikalen Demokratie fordern, die sozialen, proletarischen und politischen Reformen zu verwirklichen, die in allen Wahlprogrammen versprochen sind und stets aufgeschoben werden. — Die Fraktion billigt die Annahme durch den Genossen Vaillant der Einladung der englischen S. D. F. für den 6. Juni (zu einem Banquet zu Ehren des Genossen Lucke) anlässlich seiner Kandidatur in der Wahl von Dewsbury) und beauftragt ihn, die englischen Freunde in ihrem Namen und im Namen der P. S. de F. zu grüßen. Zu Schriftführern wurden die Genossen Delory und Döjeante, zum Kassierer Genosse Walter gewählt.

Soziale Rundschau.

Verzweilungsstreik der Glasarbeiter. In der Glasfabrik früher Siemens (Dresden) gingen am 3. Juni früh ca. 80 Arbeiter nicht an die Arbeit. Es handelt sich gewissermaßen um einen Verzweilungsstreik bei den Streikenden. Sie alle haben am vorigen Sonnabend als wöchentlichen Lohn Beträge von 3 Mk. 11 Pfg. bis höchstens 12 Mk. erhalten; einer der beteiligten Arbeiter bekam z. B. für 70 Stunden Arbeit 8 Mk. 80 Pfg. ausgezahlt. Diese schlechte Bezahlung wird auf ein ungerechtes System von Lohnabzügen zurückgeführt, nach dem den Arbeitern der eigentlich verdiente Lohn ungenügend gefügt wird. Die Streikenden, die, wie es scheint, ohne jeden Plan, ohne jede Führung mit der Organisation handeln, hat dieses System nun zur Verzweilung getrieben. Wenn sie heute nicht an die Arbeit gehen, können eventuell die Glasmacher ein paar Tage nicht arbeiten. Die Streikenden versuchten bei der Fabrikleitung vorstellig zu werden. Ueber das Ergebnis ist noch nichts bekannt.

Hierzu zwei Beilagen.

Schusters Warenhaus, Leipzig-Neustadt

Eisenbahnstrasse 39-43

hat Mittwoch, Donnerstag und Freitag Reste-Tage.

In unseren Verkaufsstellen wird

BONA-Margarine

als bester Butterersatz

geführt. **Konsum-Verein Stötteritz und Umgegend.**



Kraft-Rotwein
Blutarmen und Kranken ärztlich empfohlen
Flasche 1.60 und 2.10 M., überaus zu haben
empfehlen **Dr. von Walek.**

Hirsch-Apothek, Johannisplatz.
Dof-Apothek, Galtstr. 9.
Johannis-Apothek, Dresdener Str.
Germania-Apothek, Promenadenstr. 9.
Fürst-Bismarck-Apothek, Kohlgartenstr. 37.
Flora-Apothek, Merseburger Str.
Friedr.-Apothek, GutsMuths-Str. (Plagwitz)
Salomon-Apothek, Grimm. Str. 17.
Sonnen-Apothek, Sildplatz 1.
Sophien-Apothek, Schöcherische Str. 65.
Albertstr. 1, Droguerie zum roten Kreuz.
Bayerische Str. 5, Bavaria-Droguerie.
Bayerische Str. 51, C. Wessels.
Bayerische Str. 7, Hartmann.
Brühl 1, Central-Droguerie.
Beethovenstr. 21, Th. Peter.
Burgstr. 10, Niedlich Nachf.
Kolonnenstr. 9, Germania-Droguerie.
Dresdener Str. 3, F. S. Ritter.
Dresdener Str. 36, Stephan-Droguerie.
Dorotheenplatz 1, Hausbold Nachf.
Eisenbahnstr. 55, M. Hilbert.
Eisenbahnstr. 19, B. Hilde.
Frankfurter Str., Otto Klauschke.
Gerberstr. 18a, Reichel.
Gerberstr., Reinhardt. [5271]
Kuhstr. 22, C. F. M. Heinz.
König Johann-Str. 18, R. Hartmann.
König Johann-Str. 11, J. C. Lehmann.
Kreuzstr. 42, Ahlemann.
Vorhangstr. 1, G. H. Steiner.
Vange Str. 32a, R. Behrmann.
Manische Gasse 7, C. Hoffmann.
Nürnberg Str. 40, A. Brück, Nachf.
Theaterplatz 1, B. Wiedermann.
Tauscher Str., Sagonia-Droguerie.
Sübstr. 38, M. Beer.
Hferstr. 4, Adolph Reinhardt.
Windmühlenstr. 44, S. Kutschbach.
Waldr. 27, Ernst Vogel.
Windmühlenstr. 37, Gebr. Spillner.
Zeiger Str. 43, M. Kretschmar.
Zeiger Str. 37b, Adler-Droguerie.

Konkursmasse - Ausverkauf.
Die Bestände der Konkursmasse Auguste Schlegel, Kleinzschocher, Plagwitz Strasse 22, bestehend aus Blusen, Korsetts, Barchentenden, schwarze, weiße und bunte Kinder- und Frauenhüten, Seidwolle, Futterstoffe, Spachtelstücke und Spitzen, Hemdentuch, Bettzeug, Röcke, Strümpfe und Kinderfelder, werden 25 Prozent unter den bisherigen Verkaufspreisen abgegeben. Gedönet früh von 8 bis 12 Uhr und nachmittags von 2 bis 7 Uhr. [4073]

Paul Gottschalk, Konkursverwalter.

Konkurs-Ausverkauf.
Die Restbestände der Konkursmasse J. Katze & Co., Plagwitz, Zschocherische Strasse 26, bestehend aus Herren- und Knaben-Garderobe, Zoppen, Waschanzüge, Normalwäsche, sowie sämtliche Herrenartikel werden bedeutend unter den bisherigen Verkaufspreisen abgegeben. Gedönet früh von 8-1 Uhr und nachmittags von 3-8 Uhr.
Rechtsanwalt Dr. Th. Eichler.
Konkursverwalter. [5263]

Leipziger Buchdruckerei
Aktiengesellschaft
Abteilung Buchhandlung
Leipzig, Tauscher Straße Nr. 19/21.
Telephon Nr. 2721.

Die Neue Zeit. Revue des geistigen und öffentlichen Lebens. Wöchentl. 1 Heft. Preis pro Heft 25 Pfg.

Die Hütte. Zeitschrift für das Volk u. seine Jugend. Erscheint alle 14 Tage. Erscheinen Heft 4. Jedes Heft einzeln käuflich. Preis pro Heft 25 Pfg.

Konsumgenossenschaften u. Mittelstandspolitik
Preis 25 Pfg.

Arbeitslos. Weihnachtszeitung f. 1901
pro Nummer 10 Pfg.
Konfiziert gewesen! - Wieder freigegeben!

Geistig. Proletariat, Frauenfrage u. Sozialismus
von Klara Zetkin. Preis 25 Pfg.

Prakt. Ratgeber für den jährl. Steuerzahler.
Mit Anleitung, Reklamation. Preis 30 Pfg.

Der Arbeiterführer für Leipzig und Umgegend 1902.
Mit Karte 50 Pfg., ohne Karte 30 Pfg.

Kursbücher etc. Blitz-Fahrplan 20 Pfg.
50 Pfg. Ganz Leipzig für 20 Pfg. u.

Wiesbadener Volksbücher: Erzählungen hervorragender deutscher Autoren, wie Keller, Naabe, Storm u. a.
Einzelband 10 bis 30 Pfg. Gebundene Ausstattung.
Sämtliche Litteratur des In- u. Auslandes wird schnellstens besorgt.
Der Ankauf antiquarischer Bücher wird vermittelt.
Bibliothek werden für event. Neuausschaffungen Vorschlagslisten bereitwilligst zugestellt.
Lieferungswerke werden regelmäßig besorgt.
Alle Austräger der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Gr. Ausw. prämi. Kanarienvögel, Postbauer, Mist, Rest, Sharp, Eierdrot, hoch. Sommerribsen, 5 Pfd. 1.10 M., Str. 19 M., Amelienstr. Mehlw., Ital. Gofbl. 10 Pfg. empf. Max Kraft, Poststr. 18.
Fahrräder und Nähmaschinen unter Garantie u. wen. geb. unter Garantie Leipzig, Tauscher Str. 23, neb. Daitenberg 3343] Ant. Tätzner, Mechaniker.
Nur Damenkl. in gr. Ausw., fast neu, Blus., Röcke verk. bill. Fr. Vork., Vorfußg. 7, II.
Gand u. Geschäftsw. v. b. Neusch. Kirchstr. 67

Naturheilverein Leipzig II. Pilsener Hof
Klostergasse.
Donnerstag den 5. Juni abends 7/8 Uhr Vortrag über Frühjahrs- und Sommerkuren, gehalten von Herrn Dr. Schanzschmidt, U. Meubny. Gölpe willkommen. Eintritt frei. Am 12. Juni: Ausflug nach dem Schützenhof. Abends 7/8 Uhr ab Vereinslokal. [5261]

Felsenkeller, Plagwitz.
Donnerstag den 5. Juni
Erstes großes Sommernachtsfest
bestehend in Konzert, Illumination, Brillantfeuerwerk und Ball bis 2 Uhr nachts.
Anfang 8 Uhr. Vorzugskarten gültig. Entree 30 Pfg. [5265]
Ergebnis ladet ein **W. Canitz.**

„Universitätskeller“
Ritterstrasse 7.
Empfehle meine schönen geräumigen und tüchtigen Lokalitäten. **Grosse Mittag- und Abendstamm-Karte.** H. Bauersche Wirt. [5265]

Arnolds Restaurant und Café
Dufourstr. 30, Ecke Bügowstraße [4431]
empfehle meine freundlichen Lokalitäten zur gefälligen Benutzung.
Hier F. A. Ulrich ff., gute Küche. Kochschonungsvoll **Arnold.**

Dr. Lahmann sagt:
„Citronensaft ist außerordentlich gesund, sein Genuss daher immer angebracht. Essig wird in unserer Küche stets durch Citronensaft ersetzt; denn die natürliche Citronensäure ist verdauungsfördernd, während die durch Gährung gewonnene Essigsäure die Verdauungsfähigkeit hemmt.“ - Garantiert reinen Natur-Citronensaft aus reifen Früchten - der wirksamer als die meist unreif zu uns kommenden Citronenfrüchte - erhält man in fl. von 50 Pf. bis 3.- M. = 80 Citr., vom **Sanitäts-Bazar „Chalyssa“** (an der Waschhalle Königplatz) und in den **Neuerbath, Dorotheenstr. 30; Gohlis, Halleische Str. 31; Volkmarodorf, Kadwitzer Str. 74; Plagwitz, Schöcherische Str. 20; Lindenau, im Kintenberg.**

Gestützt durch das gesunde Urteil des Publikums nimmt Sunlight Seife den ersten Rang als Wasch- u. Haushaltungsseife ein.

Sunlight Seife

Nach Vorchrift angewendet vereinfacht sie die Arbeit und verlängert die Haltbarkeit der Wäsche, da bei ihrer grossen Reinigungskraft der **schädliche Sodazusatz überflüssig ist.**
Ein Versuch überzeugt.

Pepsinol

hergestellt aus dem reinen Pepsin und wirksamsten aromatischen Kräutern, ist ein ganz hervorragender Magenbitter und bei allen Verdauungsbeschwerden sehr zu empfehlen.

Zu haben in den Restaurants sowie bei:

Assmann, M., Nachf., Eifenstr.	Richter, Ed., Sübstr. 51.
Barth, Franz, Dufourstr.	Ritter, Samuel, Neumarkt.
Behrens, W., Nachf., Zeiger Str.	Rohleder, Gebr., Ecke Siboniens- und Bayerische Str.
Biedermann, Paul, Theaterplatz 1.	Dr. Rossberg & R. Strauss, Grimm-Steinweg 11.
Böhme, Rob., Ritterstr. 24.	Schönbürg, Fr., Nordstr. 53.
Donath, Gustav, Wintergartenstr., Ecke Georgenstr.	Schöne, F. V., Nachf., Querstr. 7.
Franz, Gustav, Ecke Albert- u. Emilienstr.	Schöpke, Otto, Eifenstr. 11.
Friedemann, Emil, Bayerische Str. 20.	Schmidt, Rich., Zeiger Str. 55.
Grünthal, W. B., Tauscher Str. 23.	Schrader, Herm., N. Pfaffenb. Str. 8.
Helbert, Julius, Ecke Eifen- u. Körnerstr.	Schramm, Emil, Bayerische Str. 64.
Helsterberg, L., Johannisplatz 19.	Schubert, C. F., Nachf., Brühl 53.
Hold, Theod., Nachf., Petersstr. 26.	Spaarmann, Ewald, Bayerische Str. 52.
Holle, Kolonnenadenstr.	Vogel, Ernst, Gr. Fleischer-gasse 16.
Hermann, Gust., Nachf., Kl. Fleischer-gasse 16.	Weisse, Otto, Zeiger Str. 25.
Klauschko, P. O., Thomastubstr.	Weisse, Reinhold, Turnerstr. 3.
Knoblauch, Otto, Nordstr.	Werner, Ernst, Peterssteinweg.
Kutschbach, H., Windmühlenstr. 44.	Werner, G. H. (M. Arnold), Kl. Fleischer-gasse 1.
Noack, R., Siboniensstr. 8.	Werner, Julius, Waldr.
Reimann, Otto, Ecke Sophien- u. Eifenstr.	

Dr. Walter Peters & Co.
Promenadenstr. 35.

Pepsinol



HAMBURGER SPECIAL HAUS
für **FAHR**
RAD-
ZUBEHÖR
LEIPZIG
Johannisplatz 3

Paul Schnauder
Uhrmacher, L-Plagwitz,
Weissenfeller Str. 30
empfehlen [1643]
Damenuhren von 4 10 an
Herrenuhren v. 4 50 an
Reelle Garantie!
Reparaturen unter
Garantie billigt.

Schwitzer für Herren u. Knaben
gibt billigt ab die Fabrik [3368]
Weststrasse 67, pt.

Kinderwagen „Brennabor“:



Hier ist die billigste Bezugsquelle.
Prüft und wählt beim **Barth, Turprinzstrasse 24**
Ecke Windmühlenstr.

Soziale Rundschau. Gewerkschaftliches.

Vom Stuttgarter Kriegsschauplatz. Es wurde schon berichtet, daß am Montag um 10 Uhr die Straßenbahndirektion versuchte, den Betrieb mit einigen Wagen wieder aufzunehmen. Große Massen Schaulustiger empfingen jeden Wagen mit Hohnrufen. Gegen Abend mehrte sich die Menge am Schloßplatz, so daß gegen 7 Uhr mehrere Tausende in eindrucksvoller Weise demonstrierten; an mehreren Orten stante sich die Menge gewaltig, an einem Kreuzungspunkt mußte ein Wagen wieder umkehren. Formlich moralische Beistandstriebe erzogen dort die Einstellung des Betriebes, und die fürchtbare Erregung in der Bevölkerung zerstörte für Stunden die Unterschiede der Klassen. Nicht ganz ohne Beschwerden eines berittenen Schutzmannes, wie von Augenzeugen versichert wird, entstand ein Konflikt zwischen einzelnen Personen und Polizeibeamten, die vier Verhaftungen vornahm; einer der Verhafteten wurde gefesselt und von zwei Schutzeinheiten mit geladener Seitengewehr zur Wache gebracht. Diese demonstrativen Ansammlungen ließen es gegen 7 Uhr der Polizei geraten erscheinen, die Einstellung des Betriebes anzurufen.

In der Volksversammlung Montag abend nahmen circa 3000 Menschen teil. Nach den Ausführungen des Arbeitersekretärs Mattiats nahmen unter anderem auch der Stadtschreiber Traube das Wort: Gerade auch die christlichen Kreise hätten Grund, sich gegen die Bewilligung der Direktion, daß nur der neunten Tag freigegeben werden sollte, energisch auszusprechen. Die Straßenbahner dürfen der Sympathien weiter Kreise sicher sein; was sie erringen, komme dem ganzen zu gute.

Eine Resolution, in der die Versammelten anerkennen, daß die uneingeschränkte Bewilligung des den Arbeitern geforderten Zuschusses als die einzige Grundlage dienen kann, auf der weitere Verhandlungen einen gedeihlichen Abschluß der gegenwärtigen Differenzen finden können, wurde einstimmig angenommen.

Die Werkstättenarbeiter der Straßenbahn, die bis gestern noch gearbeitet haben, wurden aufgefordert, Fahrdienst zu thun. Sie lehnten diese Zumutung einstimmig ab.

Absperrung im Hamburger Baugewerbe. Dienstag abend beschloß fast sämtliche Arbeitgeber der Städte Hamburg, Altona, Wandsbeck und Harburg, Mittwoch abend sämtliche Maurer- und Zimmerergesellen zu entlassen, und zwar auch solche, die nicht dem Verbandsangehörigen.

Waffenstreik in Barcelona. Nachdem auch die Hafenarbeiter in Barcelona die Arbeit niedergelegt haben, sind 12000 Arbeiter dort ausständig.

Zum Grubenarbeiterstreik in Amerika. Daily Telegraph meldet aus New York: Der große Grubenarbeiterstreik in Pennsylvania nimmt an Umfang zu, 80000 Bewaffnete werden von den Gesellschaften zum Schutz der Gruben verwendet. Elektrische Drähte mit hoher Spannung umgeben die Gruben, so daß Jeder, der sie berührt, tot niederfällt. Panzerzüge sind in verschiedenen Stationen aufgestellt.

Ist das nicht eine vollständige Kriegserklärung des Kapitals — im freien Amerika.

Der Krieg in Südafrika.

Die Annahme des Friedens.

Aus Pretoria wird gemeldet: Bei der Friedensabstimmung der Burenkonferenz in Vereeniging am 30. Mai stimmten 54 Buren für die Annahme der englischen Bedingungen und 6 dagegen.

Kitchener hielt in Vereeniging eine Ansprache, worin er die Ueberzeugung äußerte, daß die Engländer und die Buren nunmehr Freunde sein werden. — Ob das so einst gehen wird? Die Buren erklären, daß die Uebergabe der verschiedenen Kommandos ohne Schwierigkeit erfolgen werde.

Aufregende Szenen spielten sich im Konzentrationslager von Irene beim Eintreffen der Friedensbotschaft ab. Die Insassen versammelten sich und gaben ihrer Freude Ausdruck, indem sie Palmen sangen und beteten.

Was wird aus Krüger?

Die Londoner Morgenblätter berichten, daß der englische Gesandte im Haag gestern eine Unterredung mit dem niederländischen Kabinettschef hatte. Er ersuchte um die Vermittlung offizieller Mitteilungen an Krüger. Man glaubt, daß die englische Regierung Krüger und seinen Ratgebern, mit Ausnahme Dr. Leyds, freies Geleit nach Südafrika geben wird. Die Bedingung, die Krüger erfüllen soll, ist, daß er sich auf seiner Form als Privatmann aufhält.

Wie dem Korrespondenten der Frankfurter Zeitung in Utrecht mitgeteilt wird, melden sich bei Krüger zahlreiche Besuche, doch wird niemand vorgelassen. Selbst in der Umgebung des Präsidenten fällt es schwer, Krüger zu sprechen. Es erweckt den Eindruck, als ob man in Krügers Umgebung noch an die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit geglaubt habe, als

sich die Delegierten bereits über die Preisgabe derselben klar waren.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Die Jahresberichte der Gewerbeinspektion sind in diesen Tagen erschienen. Die bürgerlichen Blätter drucken wie gewöhnlich spaltenlange kritische Auszüge ab. Voriges Jahr war es uns bekanntlich nicht möglich, den Bericht, wie das früher der Fall gewesen war, im Buchhändlerwege zu erhalten. Wir wandten uns deshalb nach laugen Bemühungen schließlich an das Ministerium des Innern mit dem Wunsch, der Redaktion der Volkszeitung ebenso wie den bürgerlichen Blättern ein Exemplar der Berichte zu überlassen. Diefem Ersuchen wurde zwar prompt entsprochen, aber die Verzögerung der Berichtserstattung war doch durch die Hindernisse, die dem Bezuge der Gewerbeaufsichtsberichte entgegenstehen, so hinausgezogen, daß wir erst mehrere Wochen nach der bürgerlichen Presse auf die Jahresberichte eingehen konnten. Die prompte Erfüllung unseres Wunsches um Ueberlassung der Jahresberichte, den wir mit der Notwendigkeit der gleichen Behandlung der sozialdemokratischen Presse mit der bürgerlichen in dem die Arbeiter so hoch interessierenden Punkte der Fabrikaufsicht begründeten, ließ uns hoffen, daß man uns in den nächsten Jahren den Bericht ebenfalls übermitteln würde. Diese Hoffnung hat sich als trügerisch erwiesen. Wir werden uns nun erneut an die Regierung um Ueberlassung der Jahresberichte der Gewerbeaufsicht wenden. Von der Erfüllung dieses Wunsches hängt es ab, ob und wann wir die gewöhnlichen kritischen Betrachtungen über die Tätigkeit der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten im Jahre 1901 anstellen können.

Protest der sächsischen Industriellen gegen die Regierung in Sachen des Zolltarifs. In der Diskussion über die Agrar-Interpellation in der Zweiten Kammer hat die Regierung die Erklärung abgegeben, daß ein Hinangehen über die Getreidezollfrage der Tarifvorlage völlig ausgeschlossen sei. In der Ersten Kammer aber erklärte kurz darauf Minister v. Meusch, die sächsische Regierung sei nicht abgeneigt, Bestrebungen auf weitere „Erleichterungen“ der Landwirtschaft zu unterstützen, wenn im Laufe der Verhandlungen Verhältnisse eintreten, die dies angezeigt erscheinen ließen. Der Vorstand des Verbandes der sächsischen Industriellen hat nun ein Schreiben an den Minister v. Meusch gerichtet, in dem er gegen die Stellungnahme der Regierung „den allerentschiedensten Protest“ einlegt. „Eine solche Stellungnahme, heißt es in dem Schreiben, trage eine unbedingte Bevorzugung der agrarischen Kreise in sich und führe durchaus im Gegensatz zu den Interessen des Industriestaates Sachsen. Wenn die Agrarier auch in den sächsischen Ständekammern einen großen Einfluß ausüben, so seien sie dazu doch nur im Stande auf Grund der ihnen günstigen Bestimmungen des Wahlrechts bzw. der Bestimmungen über die Zusammenziehung der Ersten Ständekammer, in Wirklichkeit stände hinter ihnen nur eine kleine Minderheit im Lande. Die Industrie nehme lebhaft ihr gutes Recht in Anspruch, wenn sie verlange, daß der Abschluß langfristiger Handelsverträge nicht in Frage gestellt werde durch übertriebene Schutzvorforderungen der Agrarier. Gerade die sächsische Industrie sei wie kaum eine andere auf den Export angewiesen und habe an der Erlangung günstiger Handelsbeziehungen das hervorragendste Interesse. Schon nach dem Regierungsentwurf ergebe sich eine Bevorzugung der Landwirtschaft, denn wie der Staatsminister in der Zweiten Kammer selbst angeführt habe, übersteige die Höhe der neuen Industriezölle durchschnittlich nicht 33 1/2 Proz. vom Werte, dagegen überstiegen die agrarischen Zollforderungen den Satz von 50 Proz. vom Werte vielfach. Wenn nach den eigenen Worten des Staatsministers die Landwirtschaft bezüglich der Zuführung höherer Hölle schon jetzt besser gestellt sei, als die Industrie, so müsse es um so mehr unverständlich erscheinen, wenn die sächsische Regierung jetzt die Hand dazu bieten wolle, dieses Mißverhältnis noch zu vergrößern. Ein weiteres Nachgeben gegenüber den agrarischen Forderungen werde in den Kreisen der Industrie eine Verbitterung hervorrufen, welche ein gedeihliches Zusammenarbeiten beider Gruppen unmöglich machen müßte. Fände die sächsische Industrie bei der sächsischen Regierung nicht das berechnete Entgegenkommen,

so würde sie wider ihren Willen gezwungen werden, sich einer gleichartigen Agitationsweise zu bedienen, wie sie seitens des Bundes der Landwirte leider nicht ohne Erfolg angewandt werde. Der Verband müsse daher die sichere Erwartung aussprechen, daß die sächsische Regierung die Bedenken der sächsischen Industriellen berücksichtigen und zugleich im Interesse der Gesamtheit die Interessen der sächsischen Industrie entschieden wahren werde.“

Die Abendung dieses Schreibens erfolgte auf einstimmigen Beschluß des aus 21 sächsischen Industriellen bestehenden Gesamtvorstandes des Verbandes.

Bisher haben sich die Industriellen in der Zollfrage ziemlich lax verhalten. Gegen die Erhöhung der Zollsätze auf Getreide um 50 Proz. haben sie nichts einzuwenden, obwohl auch diese Erhöhung wenig Aussicht auf die Abschließung von Handelsverträgen bietet. Erst die Erklärung des Ministers, daß die Regierung nicht abgeneigt sei, noch mehr zu gewähren, wenn sich dazu die Möglichkeit bietet, hat sie mobil gemacht. Aber zu dieser Bewegung wären sie schon längst verpflichtet gewesen, da ja die agrarischen Neigungen der sächsischen Regierung kein Geheimnis waren.

Daß die Industriellen jetzt hoch verärgert sind, beweist der Hinweis auf den agrarischen Einfluß in den Kammern und besonders auf das Massenwahlrecht, und weiter die Feststellung, daß die Agrarier im Lande nur eine kleine Minderheit hinter sich haben. In diesem Zustande tragen eben die Industriellen die Hauptschuld, indem sie sich immer und überall den Agrariern verschrieben und sie Gelegenheiten genommen haben, eine eigene, ihren Interessen entsprechende Politik zu treiben. Deshalb konnte ja auch der Oberbürgermeister Beck von Chemnitz in der Sitzung der Ersten Kammer, in der der Minister die angeforderte Erklärung abgab, widerspruchslos ausführen: „Landwirtschaft und Industrie seien ebenbürtige Schwestern und Kinder einer Mutter... sie müßten Schulter an Schulter gegenüber dem Auslande auftreten... Er könne der Reichsregierung nur danken, daß sie bei der Vorberatung der Zolltarifvorlage alle Fragen erwogen... Die Industrie erkenne die Notwendigkeit eines ausreichenden Schutzes für die Landwirtschaft an, denn dies bilde die Voraussetzung zur Blüte der Industrie, andererseits sei eine blühende Industrie Voraussetzung für eine blühende Landwirtschaft... In industriellen Kreisen stehe man durchaus nicht auf dem Standpunkt, daß hohe Lebensmittelpreise etwas Falsches sind, im Gegenteil, man wolle hohe Löhne und hohe Lebensmittelpreise, denn was nützen die niedrigen Preise, wenn die Arbeiter keinen Lohn haben. Er würde den Vertretern der Landwirtschaft dankbar sein, wenn sie die Zolltarifvorlage in einer Weise verabschieden helfen wollten, daß beide Faktoren auf ihre Rechnung kommen...“ Wenn der erste Bürgermeister des sächsischen Manchester so sprechen kann, so ist das nur durch das Verhalten der Industriellen möglich geworden.

Gesetzliche Regelung der Umsatzsteuer. Die Gesetzgebungsdeputation der Zweiten Kammer beantragt, die Regierung möge dem nächsten Landtage eine Vorlage machen, durch welche die Gemeinden zur Einführung einer Warenhaus- und Konsumvereinsteuern verpflichtet werden.

Die Gesetzgebungsdeputation stellt sich offenbar auf die Falschheit in der bekannten Regierungsentwurf, wonach die Umsatzsteuer in jeder Hinsicht als unpraktisch verworfen, trotzdem aber den Gemeinden empfohlen wird, durch örtliche Regulative die Umsatzsteuer einzuführen.

Agrarische Minderheit. In der Landesversammlung des Bundes der Landwirte in Bautzen am 24. Mai sollte auch eine Anzahl Repräsentanten der Handels- und Gewerbevereine teilgenommen haben. Da diese Nachricht angesichts der Angriffe der Versammlung auf die Industrie Befremden erregte, mußte die Handelskammer Dresden die sächsischen Ständekammern wegen ihrer Teilnahme an der Versammlung befragen. Dabei hat sich nun, wie das Sekretariat dieser Kammer mitteilt, herausgestellt, daß nicht eine einzige der sächsischen Handelskammern sich durch Vertreter oder Repräsentanten an der Versammlung beteiligt hat, auch nicht die Handels- und Gewerbe-kammer Bittau, in deren Bezirk die Versammlung stattfand.

Der Landtagsabgeordnete May-Polenz will zum nächsten Landtag nicht wieder kandidieren, auch will er eine Wiederwahl zum Landeskulturrat nicht mehr annehmen. Der Abg. May ist

Kleine Chronik.

Leipzig, 4. Juni.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater findet am Donnerstag eine Wiederholung von dem Lustspiel Alt-Seibelberg statt. Freitag gastiert Herr Anton Franck in dem Lustspiel Im weißen Rössl als Biederste; der geschätzte Gast spielt diese Rolle zum erstenmal in Leipzig. Am Sonnabend steht Grillparzer's Sappho auf dem Spielplan.

Das Alte Theater bleibt bis Sonnabend geschlossen.

Neues Theater. (Einmaliges Gesamt-Gastspiel der Königlich Hofoper in Stuttgart.) Nachdem vor kurzer Zeit die Stuttgarter Kunstgemeinde das tragische Geschick erteilt, ihren schönen Lustentempel in hellen Flammen aufgehen zu sehen, hat sich die Königlich Hofoper mit Orchester und gesamten Solo- und Chorpersonal auf die Reise begeben, um in zahlreichen gastfreundlichen Theatern des Reiches mit ihren künstlerischen Leistungen vor ein völlig fremdes Publikum zu treten. Ueberall, wo die Stuttgarter gespielt, sind sie und ihre Darbietungen mit hellem Jubel aufgenommen und ehrenden Dankesbezeugungen ausgezeichnet worden. Auch unserer Leipzig stante das „fahrende Künstlerwölckchen“ einen Besuch ab und gab die prächtige Aufführung von Hoffmanns Erzählungen. Diese phantastische Oper, deren Musik zu dem Besten gehört, was der schreibselige Offenbach geleistet, ist früher auch von unserem einheimischen Operpersonal zur Aufführung gebracht worden. Es interessierte demnach gestern abend weniger das Was als das Wie der Vorstellung. Der Gesamteindruck, den die sächsischen Gäste auf alle machen, war ein überaus glänzender, mitunter hinreißender. Weder auf noch vor der Bühne gab es etwas des Unter-Mittelmaßigen; selbst dem scheinbar Unbedeutenden war dieselbe künstlerische Sorgfalt zu teil geworden wie dem Hühnernden, Bedeutsamen. Das gesungene Material der Stuttgarter Hofbühne ist ein auffällig glänzendes, durchweg wohlgebildetes. Welch ein Wohlklang, rhythmische Schwung und bis aufs kleinste ausgeleiteter Vortrag in den Chören. Wahrheit herauschen konnte man sich an dem wundervollen Pianissimo des Chores, das man in solcher Vollendung bei uns gar nicht oder ganz selten zu hören

bekommt. Den großartigen, künstlerischen Mittelpunkt der Solisten bildete der Hoffmann des Herrn Peter Müller. Sein Tenor erschallt, obgleich die Anstrengungen einer solch umfangreichen Gastspielreise sich bemerkbar machen, von sieghaftem Klang und leuchtender Tragkraft. Seine Höhe ist von imponanter Festigkeit und spricht ungemein leicht an. Unergründliches Lob verdient auch seine Darstellungskunst. Die Scene in Luthers Keller, sein Zusammenstreffen mit der tragischen Antonia waren gelanglich wie barstellersch von meisterhafter Vollendung. Ohne zu übertreiben oder ungerecht zu sein, kann man sehr viel Lobenswerthes auch von den Vertretern der übrigen Hauptrollen sagen. Ein äußerst vielseitiger, temperamentvoller Bühnenkünstler und vorzüglicher Sänger ist Herr Jul. Neuböcker. Er gab den Brillenhändler Coppellius, den Kapitän Daperutto und den Doktor Mirafel. Das waren nicht hölzerne, schablonenhafte Theaterfiguren, sondern Menschen mit Fleisch und Blut. Die Scene des 4. Aktes (mit Crespel und Hoffmann im Nebenraum) wird ihm nicht so leicht jemand mit dieser aus dem Tiefstimmigen quellenden Gestaltungskraft nachspielen. Auch der Crespel, des Herrn Polm wußte stark zu interessieren. Für die drei Gesellen Hoffmanns hatte man drei verschiedene Darstellerinnen. Und man hat recht daran, sich nicht an die Vorkäufte des Textbuches zu halten, diese drei — grundverschiedenen — Bühnenfiguren von ein und derselben Künstlerin geben zu lassen. Olympia, diese feierliche „Puppe“, die den Schwärmer Hoffmann täuscht, wurde in Spiel und Gestalt ganz prächtig vertreten durch Fräulein Anna Reinisch. Weniger befriedigte sie mich als Sängerin. Der Menge imponierte namentlich ihre fabelhafte Höhe, unbewerkend, daß ihre Technik doch hier und da nicht gefehlt und zuweilen genug erscheint. Für die zweite Gesellin, Guletta, das niedrige sinnliche Weib, das, Weib heuchelnd, in Hoffmann rasende Leidenschaft erregt und sich dann an dem Gedanken weidet, ihm den Schmerz des treulosesten Spieles bereiten zu haben, brachte Anna Sutter in Wesen und Stimme alles mit, um ihrer Aufgabe nach beiden Seiten hin vollst gerecht zu werden. Die Barcarole in D-Dur zu Anfang des 3. Aktes, wie das machtvoll sich stehende Duett mit Hoffmann (Welch unendliche Sehnen) sang sie mit einschmeichelndem Wohlklang und geistlicher Vortragskraft. Die letzte Gesellin, aber die Erste im künstlerischen Erfolge, war die Antonia von Fräulein Elise Wiborg. Dieses

tragische Weib in Hoffmanns Leben zieht den Gesang, die Kunst, dem süßesten Liebesglück vor und macht dadurch Hoffmann unglücklich. Wie diese Mädchenseele ein schöner Traum von Glück und Liebe durchzieht, wie in ihr nach den entsetzlichen innerlichen Kämpfen eine gewaltige, verzehrende Leidenschaft aufsteigt, um danach einer rührenden, stillen Ergebung Weg zu machen, das alles brachte Fräulein Wiborg so überzeugend-wahr, ja mitunter so erschauernd-schön zur Darstellung, daß man mitunter gar nicht zum Bewusstseinen der Besotenen kam, sondern ganz im Banne ihrer großen Kunst gefangen stand. Auf's Beste und wirksamste unterstützt wurden die Darsteller durch das Orchester, das in Herrn Karl Pohlig einen Führer von seltener Begabung besitzt. So feinsinnig wird man selten ein Orchester begleiten hören. Nicht nur die Streicher, sondern selbst die Bläser sind von idealer Milde und Präcision, das Ganze unter der sicheren, geistvollenden Direktion des Herrn Pohlig von selten hoher Klangschönheit. Bewunderung erregte auch die Inszenierung der Oper, die in den Händen des Herrn August Haracher lag. Auch dieser erwies sich als ein Meister auf seinem Gebiete. Kostüme wie Dekorationen waren stilvoll-treu und äußerst elegant. Der zweite Akt mit der italienischen Nacht bereicherte szenisch einen so hohen künstlerischen Genuß, wie er seit langen nicht geboten worden ist. Das hochbefriedigte Publikum dankte den Stuttgarter Gästen für ihre vorzüglichen Darbietungen mit nicht endenwollenem süßmischen Beifall. H. Sch.

Das deutsche kunsthistorische Institut in Florenz, das durch die kürzliche Bewilligung eines jährlichen Zuschusses von 10 000 Mk. seitens des Reiches gewissermaßen ein Reichsinstitut geworden ist, hat sich in der Woche nach Pfingsten in Florenz mit einem sehr erweiterten Vorstand konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde der frühere Reichsminister Freiherr v. Stamm ernannt, zu seinem Stellvertreter Geheimrat v. Seibitz in Dresden, zum Sekretär Geheimrat Ernst v. Mendelssohn in Berlin; der Reichskonsulent Geheimrat Prof. Bach in Leipzig und der Direktor Prof. Heinrich Brachmann in Florenz bleiben in ihren Stellen. Es wurde beschlossen, das Lokal zu erweitern, die Bibliothek und Photographieammlung so rasch als möglich zu vervollständigen und eine größere Summe zu jährlichen Publikationen zu verwenden.

die „letzte Säule, die von der verschwundenen Pracht“ der ehemaligen Fortschrittler im Landtage zeugt und ist wie seine bereits verschwundenen Parteigenossen Streik, Schreck u. a. schon seit Jahrzehnten „lammerfortschrittlich“. May gehörte zu den Wahrheitsverächtern, denn er hat in der entscheidenden Sitzung vom 6. März 1896 nicht seinen fortschrittlichen Kollegen Streik, Krügel, Philipp, Uhlmann-Stollberg für das indirekte Dreiklassenwahlrecht gestimmt. Dem Landtage gehört er seit 1854 ununterbrochen an und hat also die ganze „liberale“ Aera der 70er Jahre mitgemacht, um als freiwillig-Gouverneur zu enden. Bei König Albert stand er in hoher Gunst.

Meißen, 3. Juni. Der hiesige Stadtrat hat das Volksschulwesen in recht eigentümlicher Weise „reformiert“. Bei den Knaben ist die wöchentliche Zahl der Unterrichtsstunden im zweiten, vierten und sechsten Schuljahre um eine Stunde gekürzt worden. Wesentlich schlechter kommen jedoch die Mädchen weg. Bei ihnen verändert sich im zweiten und dritten Schuljahre der Unterricht um eine Stunde in der Woche, im vierten, fünften und achten Schuljahre um je zwei Stunden pro Woche und im siebenten Schuljahre gar um drei Stunden. Also eine Reform nach dem Herzen der ostelbischen Junker! Und das in Sachen, das wegen seiner Schulverhältnisse so gerühmt wird.

Crimmitschau, 3. Juni. Der Stadtrat gibt eine Verordnung der Kreisbauernschaft Zwickau bekannt, daß nach dem von 468 beteiligten Geschäftsinhabern nur 59 sich für einen 8 Uhr-Ladenschluß erklärt haben, während 259 Geschäftsinhaber sich gegen ihn erklärt hätten, für die Kreisbauernschaft keine Veranlassung mehr vorliege, in Berücksichtigung der bezüglichen Vorschriften der Gewerbeordnung entsprechende Anordnungen zu treffen. Der Stadtrat soll die den 8 Uhr-Ladenschluß wünschenden Vereine demgemäß beschließen. Der rechte Krämergeist, der in dem Verhalten der Ladeninhaber zum Ausdruck kommt.

Neugersdorf, 3. Juni. In der letzten Sitzung des Gemeinderats fragten einige Gemeinderatsmitglieder an, was aus der im März 1900 von Vahr und Genossen eingereichten Petition geworden sei, wonach der Wahlmodus für die Unzufriedenen derart geändert werden sollte, daß die höher Besteuernden eine „entsprechende“ Vertretung im Gemeinderate erhalten. Die Sache ist schon früher verhandelt und an eine Kommission verwiesen worden. Es ist bisher aber nichts gemacht worden, weil man abwarten wollte, wie sich das neue Steuer-Regulativ gestalten würde. Mittlerweile ist aber der Gemeinderat durch Ergänzungswahl neu zusammengesetzt und die Sache ist liegen geblieben. Die heutige Anfrage rief eine lebhafte Debatte hervor, in welcher sich fast alle Redner gegen die Petition aussprachen. In namentlicher Abstimmung wurde aber ein Antrag, die Petition auf sich beruhen zu lassen, mit 12 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag, eine Kommission von 7 Mitgliedern einzusetzen, um das Gemeinderatsrecht „zeitgemäß (!)“ zu revidieren“ mit 13 gegen 6 Stimmen angenommen. Herr Wilh. Lude gab hierauf zu Protokoll, daß er gegen den Beschluß, das Wahlrecht zu ändern, auf Grund des § 67 der Landgemeindeordnung bei der Amtshauptmannschaft Protest einlegen werde.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Am letzten Mai wurde im Werner- und Güntherwalde bei Wilkau der letzte Baum, eine etwa 70 Jahre alte Eiche, gefällt, nachdem die beiden Besitzer schon seit einer Reihe von Jahren an die Ausrottung des ganzen Waldes gegangen waren. Freunde des Waldes sahen mit Bedauern das allmähliche Schwenden, die Besitzer aber behaupteten, daß infolge des vielen Raubes das Wachstum der Bäume beeinträchtigt würde. — Einem Delsbühler Schweine-Großhändler Namens Winterling erwuchs dadurch beträchtlicher Schaden, daß von 160 fetten Schweinen, die aus Ostpreußen gefordert wurden, am Sonntagabend nicht weniger als 32 tot, erkrankt, eintrafen. B. erleidet dadurch einen Verlust von über 4000 Mk. — In das königliche Krankenhospital zu Zwickau wurde in bewußtlosem Zustande der Schachtelbauer S., 35 Jahre alt und Familienvater, aus Bielau transportiert, der auf einer Steinfolgrube im Zwickauer Revier in einem Bremsberge von einem leeren Förderwagen an einen Holzstempel gequetscht wurde, wodurch er schwere Verletzungen der Brust und der Schultergegend, sowie verschiedene Rippenbrüche und eine Lungenverletzung erlitt.

Gotha, 3. Juni. Wir berichteten vor einiger Zeit, daß in dem Ort Dietzharz der Parteigenosse Landtagsabgeordneter Heimr. Wolf zum Schultheißen gewählt worden ist. Dieser Wahltag liegt nun sieben Wochen (am 18. April hat die Wahl stattgefunden) zurück und Wolf ist bis jetzt noch nicht bestätigt. Bei allen derartigen Wahlen ist es im Gothaer Land üblich, daß sofort nach der Wahl die Bestätigung und Verpflichtung erfolgt. Auf eine Anfrage, die der Abgeordnete Genosse Wolf bei der Etatberatung im gothaer Landtage an die Regierung richtete, wie es käme, daß sein Freund Wolf noch nicht bestätigt sei, erklärte Staatsminister Hentig, daß der Regierung nicht s weiter bekannt sei, als daß W. gewählt und die betreffende Wahl von einem Assessor geleitet worden sei. Die Bestätigung sei Sache des Landratsamts Ohrdruf. Seitdem sind aber wieder drei Wochen verstrichen und alles schweigend noch von einer Bestätigung. Will man etwa auch hier in unserem Gothaerland einen Fall Kaufmann betreiben?

Erfurt, 3. Juni. Die Tribüne berichtet: Die angebliche Verleumdung Breslauer Richter führte heute aus dem Gefängnis unserer Genossen Hennis wieder auf die Anklagebank. Die Verleumdung sollte in einem Artikel über verschiedene richterliche Urteile in Breslau mit dem Zusatz: Klassenjustiz liegen. Das Gericht nahm an, daß den Breslauer Richtern und Staatsanwälten, wenn auch nicht bewusste Rechtsbeugung, so doch der Mangel an der nötigen Objektivität vorgeworfen werde, und verurteilte unseren schon so schwer betroffenen Kollegen Hennis gemäß dem Antrage des Staatsanwaltes zu drei Monaten Gefängnis.

Vereine und Versammlungen.

Die Maler und Radierer hielten am 31. Mai in der Flora eine öffentliche Versammlung ab. Als erster Punkt der Tagesordnung war ein Vortrag des Genossen M. Wittich über Arnold Böcklin angelegt. Der Vortrag mußte jedoch wegen Erkrankung des Referenten aufgeschoben werden. Ueber den zweiten Punkt: Entspricht unser Minimallohn, der Stundenlohn von 50 Pfg., den letzten Verhältnissen? referierte Kollege Kaufmann. Der Redner kam in seinen Ausführungen zu dem Ergebnis, daß der Lohnsatz nicht mehr zeitgemäß sei, und schloß mit der Aufforderung, der Organisation beizutreten und für dieselbe zu agitieren. In der Diskussion sprachen sich verschiedene Redner im Sinne des Referenten aus, auch wurden verschiedene Maßnahmen zur Sprache gebracht. Zum Schluß wurde ein Antrag angenommen, durch den das Agitationskomitee beauftragt wurde eine Revision des Tarifes vorzunehmen.

Gerichtssaal.

Gewerbegericht.

Leipzig, 3. Juni.

Nette Gepflogenheiten scheinen bei dem hiesigen Bauunternehmer V. Zimmermann zu existieren; die heute durch eine Verhandlung vor dem Gewerbegericht zur öffentlichen Kenntnis gelangten. Wegen kündigungslöser Entlassung eines Maurers wurde J. vor einiger Zeit vom Gewerbegericht in einer Klagesache zur Zahlung verurteilt. Im Termin vertrat der Bruder des Bauunternehmers, der Maurerpolier bei ihm ist, diesen vor dem Gericht. Da er über den Ausgang des Prozesses sehr ungenügend war, gab ihm der Vorsitzende den Rat, mit den Arbeitern die schriftliche Vereinbarung zu treffen, daß es keine Kündigungsfrist zwischen ihnen und ihm gebe. Vom Polier wurde auch so ein Schriftstück angefertigt, aber er schrieb, wie er in der heutigen Verhandlung selbst sagte, die Namen der einzustellenden Arbeiter mit deren Genehmigung selbst ein. Der Vorsitzende war über eine solche Gepflogenheit nicht wenig erstaunt und beehrte den „Bauunternehmer“ samt seinem Bruder dahin, daß er in Zukunft doch lieber den Arbeiter selbst unterschreiben lassen sollte, wenn eine solche Urkunde zu Beweisen von Rechtsverhältnissen Gültigkeit haben sollte. Der Zimmerer V. hier, war von J. zur Aushilfe für den 15. und 16. Mai angenommen worden und hat auch während der beiden Tage da gearbeitet. J. hatte für den 16. Mai zwei weitere Zimmerer engagiert gehabt; da aber nur einer kam, sagte er zu V., er könne weiter arbeiten. V. kam nun am dritten Feiertag, um zu arbeiten, aber mittlerweile hatte sich auch der zweite vorher festangenommene eingestellt; nun hieß J. den V. wieder gehen. Dieser ging nun auf Veranlassung des Poliers J., aber unter Vorbehalt seines Kündigungsanspruchs. Ehe er wegging, nahm ihn der Polier mit in die Bude und frug ihn nach dem Namen und schrieb ihn unter den sogenannten Arbeitsvertrag, ihm dabei bemerkend, daß bei seinem Bruder keine Kündigung existiere. Im Säbneterrain reduzierte V. seinen Anspruch, da er nach vier Tagen wieder Arbeit fand, auf 18,97 Mk. J. wollte sich aber auf keinen Vergleich einlassen, wie er es anfänglich auch in der heutigen Hauptverhandlung that. Er beruft sich darauf, daß sein Bruder V. gesagt habe, daß keine Kündigung existiere. Nach vielem Zureden verstand sich J., an V. verleiheungsweise 12 Mk. zu zahlen, was dieser, unter Verzicht des übrigen Anspruchs, annahm.

Welcher Record ist bei Kündigungsloser Entlassung fertigzustellen? In der Metallwarenfabrik von Gebrüder Schiffmann hier, ist nach der Arbeitsordnung, die, wie beiläufig bemerkt, nicht einmal die gewerbeanthaltliche Sanktion hat, eine Kündigungsfrist ausgeschlossen; es muß aber der zuletzt in Arbeit befindliche Record fertiggestellt werden, ehe der Gehilfe die Arbeitsstelle verlassen darf. Der Klemmer S. war in der genannten Fabrik vom 3. März bis 24. Mai beschäftigt, an welchem Tage er unter der ausdrücklichen Mitteilung, seine Stellung zu verlassen, seinen Lohn von 12,09 Mk. forderte. Dieser wurde ihm vom Fabrikanten unter dem Hinweis verweigert, daß noch ein Record, an dem S. vor sieben Wochen gearbeitet hat, fertigzustellen sei. S. erhielt aber nur den Lohn, soweit die Arbeit fertiggestellt war, was S. auch zugiebt. Weiter macht er geltend, daß er nach der Arbeitsordnung gar nicht dazu verpflichtet sei und den Record auch deswegen nicht fertig machen konnte, weil es an Material mangelte. S. verlange dies jetzt auch nur, um ihn zu halten. S. muß dies auch zugeben, sagt aber, daß er keinen Arbeiter habe, der gerade in dieser Arbeit so beschlagen sei, wie S. S. wird nun vom Gericht befehrt, daß ihm weiter nichts übrig bleibe, als zu zahlen. Dieser Bekehrung war S. nicht zugänglich, sondern forderte richterliche Entscheidung, die ihm auch zu teil wurde und wofür er eine Mark Kosten zu zahlen hat. Dem S. muß er natürlich auch seinen Lohn bezahlen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 4. Juni.

Zur Lokalfrage. Diejenigen Parteigenossen, die am 7. und 9. Juni Leisnig besuchen, um an dem dortigen Heimatfest teilzunehmen, werden gebeten, die Lokale zu unterstützen, die der Arbeiterchaft zur Verfügung stehen. Es kommen folgende Lokale in Betracht: Restaurant Neue Sorge, Besitzer H. Schulze, und Gasthof zum Feldschlößchen, Besitzer M. Thiele. Im Feldschlößchen findet am Sonnabend den 7. Juni, abends 8 Uhr, ein Festessen statt.

Der Vorsitzende des Arbeitervereins zu Leisnig.

Die patriotische Begeisterung hat in der Regel dann eine Grenze gefunden, wenn an den Geldsack appelliert wird. Diese schon oft bewiesene Thatsache zeigt sich vor allem bei den Bemühungen des Patriotenbundes zur Errichtung eines Völkerschlachtdenkmals. Trotz der größten Anstrengungen und der sonderlichsten Mittel, deren sich die Herren vom Patriotenbund zur Herbeischaffung der zum Denkmalbau notwendigen Summe bedienen, will der erwartete Erfolg nicht eintreten. Anfang dieses Jahres war der geschäftsführende Vorstand des Patriotenbundes auf die Idee gekommen, an Leipziger Geschäftsfirmen mit der Bitte heranzutreten, zur Erlangung von Mitteln für den Bau des Denkmals behilflich zu sein. Den Geschäftsinhabern wurden drei weiteren Circulare zur Verfügung gestellt, die diese, mit ihrer Namensunterschrift versehen, ihren Geschäftsfreunden zusenden sollten, um auch die letzteren zu Beiträgen für die Baukosten zu veranlassen. In diesem Circulare war besonders darauf hingewiesen worden, daß die Namen aller derer, die 100 Mk. spendeten oder sammelten, auf Metalltafeln im Innern des Denkmals veröffentlicht werden sollten. Die Hoffnungen, die man hieran geknüpft hat, haben sich aber nicht erfüllt. Von 4800 Leipziger Firmen, an die eine solche Aufforderung gerichtet worden ist, sind ganze 120 Firmen diesem Wunsche nachgekommen. Trotz der Kläglichkeit des Resultats unternimmt es der geschäftsführende Vorstand, sich unterm 2. Juni nochmals an die Leipziger Firmen mit folgendem Aufsat zu wenden:

Herrn N. N.

Mitte Februar richteten wir an 4800 Leipziger Firmen die Bitte, die Bestrebungen des Deutschen Patriotenbundes mit der Aussendung von Rundschreiben an ihre auswärtigen Lieferanten und Geschäftsfreunde zur Erlangung weiterer Mittel für den Bau des Völkerschlachtdenkmals zu unterstützen. Bisher haben unserer Bitte 120 Firmen entsprochen, von denen einzelne Beträge bis über 2000 Mk., insgesamt aber 25 000 Mk., an unsere Geschäftsstelle abfertigten. Würden in gleicher Weise alle Leipziger Geschäfts-

inhaber unserer Bitte entsprechen, so müßte ein hübscher Teil der Bausumme zusammenfließen. Wir erneuern hiermit unsere Bitte, deren Erfüllung keine große Mühe und keine großen Kosten verursacht, zu der nur der gute Wille gehört.

Der Vorstand des Deutschen Patriotenbundes ist allein nicht in der Lage, das Nächstmal der deutschen Völkervereinigung, welches Zeugnis von der Dankbarkeit für die Helden von 1813 ablegen soll, zu errichten, ihm müssen vielmehr geschlossen alle Leipziger Bürger zur Seite stehen. Der Wunsch, das Werk recht bald errichtet zu sehen, findet Erfüllung, wenn jeder an seinem Teile mitarbeitet.

Beiliegende Rundschreiben, von denen wir Ihnen eine beliebige Anzahl zur Verfügung halten, wollen Sie gefälligst, mit Ihrer Namensunterschrift versehen, Ihren Geschäftsfreunden zusenden. Hand ans Werk!

Hochachtungsvoll

Der geschäftsführende Vorstand des Deutschen Patriotenbundes zur Errichtung eines Völkerschlachtdenkmals bei Leipzig, Clemens Thieme, Vors.

Ob die erneute Aufforderung mehr Erfolg hat, dürfte bezweifelt werden. Der geschäftsführende Ausschuss wird sich eben mit der Thatsache abfinden müssen, daß der Opfermut der Patrioten beim Portemonnaie aufhört.

Eine nette Submissionsblüte. Bei Vergebung einer gärtnerischen Anlage im Bezirke des Bauamtes III der Garnison Leipzig wurden von fünf zur Submission herangezogenen Unternehmern folgende Kostenanschläge gemacht: 1444,10 Mk., 855,95 Mk., 846,65 Mk., 622,02 Mk. und 506,50 Mk. Da der Billigste die Ausführung der Arbeit übertragen bekam, so ist anzunehmen, daß der Betreffende die Löhne der Arbeiter aufs tiefste herabdrücken mußte, um nicht selbst der Geschädigte zu sein.

In dem Bericht der Leipziger Gewerbelammer hieß es bekanntlich: In der Regel sind die Mindestfordernden solche Unternehmer, die sich bei der Berechnung der Arbeiten verrechnen, bei der Ausführung derselben allerdings ihren Irrtum erkennen, später mit Nachforderungen an die Behörden herantreten oder auf irgend eine Weise, z. B. schlechte Arbeit, Vermischung minderwertigen Materials, Zahlung ungenügender Löhne u., den Verlust wieder auszugleichen suchen.

Betriebsergebnisse der Leipziger Straßenbahnen. Die Große Leipziger Straßenbahn vereinnahmte in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Mai d. J. 1756979,85 Mk. gegen 1712007,05 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Im Monat Mai betrug die Einnahme 368914,75 Mk. gegen 376033,55 Mk. im Mai 1901. Bei der Leipziger Elektrischen Straßenbahn sind im Monat Mai d. J. 1560507 Personen, gegen 1708651 Personen im Mai 1901 befördert und 139079,54 Mk., gegen 148588,64 Mk. im Mai 1901 vereinnahmt worden. Seit 1. Januar bis 31. Mai d. J. wurden befördert 7289895 Personen, gegen 7634897 Personen in derselben Zeit des vorigen Jahres und vereinnahmt 672453,54 Mk. gegen 672544,19 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Zur Errichtung eines Lehrerseminars in Leipzig soll dem Kultusministerium von der Stadtgemeinde ein zwischen Eisen-, Schüssel- und Gustav-Freitag-Straße gelegener Bauplatz von 11000 Quadratmeter Fläche unentgeltlich abgetreten werden. Dieses Seminar soll für 175 Böglinge, darunter 75 Interne, eingerichtet und in ihm sechs Lehrgänge mit etwa 120 Kindern untergebracht werden. Ein Internat, wenn auch in beschränktem Umfang, wird deshalb mit dem Seminar verbunden werden, weil die Lage des Seminars in größter Entfernung vom Centrum der Stadt und die Notwendigkeit ganztägigen Unterrichts für eine Anzahl Seminaristen den Besuch der Anstalt vom Elternhause aus unthunlich erscheinen lassen.

Krankenfahrstühle auf den Eisenbahnstationen. Für das reichende Publikum und besonders für die durch Krankheit oder Gebrechen an ihrer freien Bewegung gehinderten, auf fremde Hilfe angewiesenen Personen dürfte eine bisher noch wenig beachtete Einrichtung von Interesse sein. Auf vielen Eisenbahnstationen befinden sich nämlich Krankenfahrstühle und Krankenträger, die Kranken zur Erleichterung des Ueberganges von Fußwerk zum Eisenbahnwagen oder aus einem Eisenbahnzuge in den anderen zur Verfügung gestellt werden. In Bezirke der Eisenbahndirektion Halle a. S. sind solche Einrichtungen auf den Stationen Kottbus, Naumburg, Herzberg a. E., Leipzig, Berliner Bahnhof, Finsterwalde, Utdro, Eiserwerda, Spremberg, Calau und Senftenberg vorhanden.

Der Deutsche Samariter-Bund, der seine Geschäftsstelle in Leipzig hat, hält den 5. Deutschen Samariteritag am 1. und 2. Juli d. J. in Posen ab. Auf der vorläufigen Tagesordnung sind folgende fünf Vorträge vorgesehen: 1. Professor Dr. von Bergmann: Die Bedeutung des ärztlichen Standes für das Rettungswesen. 2. Professor Dr. George Meyer: Rettungswachen in Städten. 3. Professor Dr. Zimmer: Organisation der weiblichen Krankenpflege. 4. Sanitätsrat Dr. Braehmer: Der Rettungsdienst im Eisenbahnverkehr. 5. Direktor M. Schlegel: Die Frage der Unterbringung und Verpflegung von verwundeten Personen und Krampfkranken im Rahmen der Aufgaben des Rettungswesens.

Patentanmeldungen sächsischer Erfinder. Gegen diese Patentanmeldungen kann bis zum 2. August Einspruch erhoben werden. Kl. 9. Vorsternwaren, einschließl. Pinsel, T. 7925: Schneidwerkzeug zur Herstellung von Metallankern zum Befestigen der Borsten an Bürsten und bergl.; Rob. Tümmler, Döbeln i. S. — Kl. 22. Farben, Firnisse und Lacke, Anstriche, Klebemittel, W. 17882: Verfahren zur Herstellung von Metallpapier, das gegen Luft, Wasser und Fett undurchlässig ist; Fritz C. Widel, Neugruna b. Dresden. — Kl. 37. Hochbauwesen, J. 6692: Vorrichtung zur selbstthätigen Unterstützung der Kranssäule auf den Stelzgeräten bei dem Bau von Schornsteinen; Friedrich Wilhelm Irmscher jun., Chemnitz, Bschopauer Str. 86. — Kl. 47. Maschinenelemente, S. 15 829: Vorrichtung zur Verhinderung der Berührung von Ventilen in Schmiermittelleitungen; Sächs. Armaturen-Fabrik, Akt.-Ges. vor. B. Michal, Deuben b. Dresden. — Kl. 52. Näheret und Sittderei, K. 20853: Mit Zirkeln arbeitende Doppellattenstrich-Nähmaschine; Julius Köhler, Lumbach i. S. — Kl. 70. Schreib-, Zeichen- und Maßgeräte sowie Comptoirgeräte, B. 8220: Tintenlöcher; Julius Ebert, Dresden, Gneisenaustraße 4.

Töblich verunglückt ist gestern nachmittag in der fünften Stunde in der Leipziger Baumwollspinnerei zu L.-Lindenau der am 28. Januar 1868 in Wahrenitz geborene, in L.-Lindenau, Thüringer Straße Nr. 6 wohnhaft gewesene Maler Otto Leikeb. Der Mann machte sich an einer Schiebeleiter zu schaffen, wobei er den Kopf zwischen zwei Sprossen steckte. In diesem Augenblicke ließ die Spannungskette nach und der herausgeschobene obere Teil der Leiter faufte auf den Hals des Unglücklichen, wodurch dieser einen Bruch der Wirbelsäule erlitt und überdies förmlich stranguliert wurde. Der Tod trat sofort ein. Eine Witwe und sieben Kinder beklagen den Tod ihres Ernährers.

Selbstmorde. Gestern nachmittag brachte sich in einer

Gummwarenfabrik in der Konnenstraße zu L.-Lindenau seit am 15. März 1868 in Wien geborener Arbeiter, der Sebastian Bach-Straße Nr. 21 wohnte, einen Schuß in die Brust bei, an dessen Folgen der Mann auf dem Transport nach dem Krankenhause verstarb. Der Beweggrund zu dem Selbstmord ist unbekannt. Der Verstorbene hinterläßt eine Witwe und zwei Kinder.

Seute früh in der fünften Stunde kam es zwischen den hier in der Albrechtstraße Nr. 10 wohnenden Kellnergehilfen K. auf einem Spaziergange an der Sidonienbrücke zu ersten Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die am 13. April 1870 in Wiesegrade geborene Ehefrau des K. in ihrer Aufregung in die Pleiße sprang und darin ertrank. Der Leichnam der Frau wurde alsbald geborgen und polizeilich aufgehoben.

Einen Selbstmordversuch machte gestern in der Nähe der Leibnizstraße ein stellungloser, 26 Jahre alter Handlungsgehilfe aus Loschwitz, indem er in den Eiskühlschrank sprang. Der Unglückliche wurde aber von einem Schuttmann und einem hinzugelassenen Sattler gerettet und mittels Droschke in das Krankenhaus gebracht.

Sittlichkeitsverbrechen. Wegen des dringenden Verdachtes, ein Sittlichkeitsverbrechen verübt zu haben, wurde ein 53 Jahre alter Arbeiter aus Wangerow in Haft genommen.

Kleine Polizeinachrichten. Ein Einbruch, wobei dem Diebe 150 Stück Cigarren und eine Anzahl Briefmarken in die Hände fielen, wurde gestern mittag in einem Geschäftslokal der Jakobstraße verübt. Verdächtig ist ein unbekannter, etwa 23 Jahre alter Mensch von langer Gestalt, mit blaßem Gesicht und kleinem, dunklen Schnurrbart. Der Dieb trug einen grauen Anzug und helle Mütze.

Ferner ist vergangene Nacht in ein Geschäftslokal der Sternwartenstraße eingebrochen worden, hier erbeuteten die Diebe 200 Mk.

Durch einen weiteren Einbruchdiebstahl wurden in der Nacht zum Dienstag aus einem Geschäft der Petersstraße 180 Mk. entwendet. Nach den in dem Laden vorgefundenen Blutspuren scheint sich der Dieb eine Handverletzung zugezogen zu haben.

Gestohlen wurde am 2. d. Mts. aus einem Baubureau in der Dresdenstraße ein neuwertiges Messing in schwarzem Eisen. Weiter ist in einem Geschäftslokal der Petersstraße eine blaue seidene Pompadour mit einem bedeutenden Geldbetrag gestohlen worden.

Wahnden gekommen ist gestern ein Sparfassenbuch von der Pfleigen Sparkasse, Nr. 351206, mit 785 Mk. Einlage.

Diebst. Als gestern morgen an dem kleinen Gehölze, das sich auf eine Strecke zwischen der Straßenbahn und der Gaschwitz-Plagwitzer Eisenbahn hinzieht, ein Arbeiter vorbeikam, hörte er das Wimmern eines Kindes. Er ging der Spur nach und fand in einem Dornengebüsch einen etwa 6 bis 8 Wochen alten Knaben. Das Kind war vollständig nackt. Das Kind lebte noch, doch war der kleine Körper fast erkalte. Der Arbeiter brachte das Kind zu in der Nähe wohnenden mitleidigen Leuten, die den kleinen Waisebürger mit Nahrung und Kleidung versahen. Die benachrichtigte Polizei stellte sofort Ermittlungen nach der Mutter des Kindes an.

Von Nah und Fern.

Todesmarsch. Wie aus Berlin gemeldet wird, sind bei einem Marsch der 4. Compagnie des Garde-Regiments in der Prunkstraße des Montagvormittags 60 Jäger marode geworden; mehrere mußten ins Lazarett geschafft werden. Ein Gefreiter J. bekam einen Hitzschlag, an dessen Folgen er gegen abend verschied.

Durchgebrannter Konkursverwalter. Berlin, 4. Juni. Die Börsische Zeitung berichtet über Spandau: Der Konkursverwalter Vogel ist in das Ausland entkommen. Das Defizit beläuft sich auf 80 000 Mk.; es sind dies Einnahmen aus mehreren Konkursen, die er gänzlich veruntreut hat.

Opfer des Meeres. h. Petersburg, 4. Juni. Auf dem Schwarzen Meere sind durch bereits gemeldeten furchtbaren Sturm 15 Schiffe, meist Segelfahrzeuge, gekentert. 76 Personen haben voraussichtlich den Tod in den Wellen gefunden.

Vermischtes.

Behörden gegen eine Volksvorstellung. Im März d. J. hatte das Gewerkschafts-Komitee in Grünberg, dessen Vorsitzender K. Stolpe ist, eine Theatergesellschaft zu einer Volksvorstellung engagiert und zwar sollte Sudermanns Ehre gespielt werden. Einige Tage nachdem die Sache publiziert war, erklärte der Theaterdirektor, er habe eine Anzahl anonymer Briefe bekommen, auf Grund deren er von der Vorstellung absehen müsse. Auch der Landrat hätte solche erhalten und dieser habe ihm davon in freundschaftlicher Weise Mitteilung gemacht. Genosse Stolpe ging dann zum Bürgermeister und fragte denselben, ob er etwas gegen die Ausführung der Ehre habe. Er verneinte dies. In einer später stattfindenden Versammlung kritisierte Genosse Stolpe die anonymen Briefschreiber in scharfer Weise. Damit sollte der Landrat beleidigt worden sein. Aus der Verhandlung resultierten folgende Thatsachen: 1. Der Landrat hatte den Theaterdirektor mittels eines Schreibens, das insofern einen amtlichen Charakter trug, als es auf einen amtlichen Briefbogen geschrieben war, zu sich bestellt und ihm vorgeschrieben, daß er ohne Zweifel sich durch diese Vorstellung wirtschaftliche Nachteile zuziehen werde. Er rief ihm dringend, das Abkommen mit dem Gewerkschafts-Komitee zu lösen. 2. Der vom Theaterdirektor geschriebene, in allgemeinen Redensarten gehaltene Abgebrieß hatte, ehe er abgeschickt wurde, die Censur des Bürgermeisters passiert. Trotzdem Genosse Stolpe mit seinen Äußerungen nur die anonymen Briefschreiber treffen konnte und wollte, gewann das Gericht die Ueberzeugung, daß er nur den Landrat gemeint haben könnte. Unter Verjagung des Schutzes des § 193, den Genosse Stolpe für sich reklamierte, erkannte das Gericht auf drei Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte die Kleinigkeit von neun Monaten Gefängnis beantragt.

Streng katholische Cigarren. Ein kostbares Rundschreiben versendet der Cigarrenhändler Reesing in Blohso zur Empfehlung seiner neuen „dem Andenken großer Männer gewidmeten“ Cigarrenmarken. Er sagt darin: „Nachschleibend, wie unsere Zeit nun einmal ist, gehen oft die größten und wichtigsten Ereignisse nur allzu bald im Trubel des Alltagslebens unter. Große Männer, auf deren Reden ganze Völker lauschten, werden oft leider nur zu bald vergessen. Nicht so mit unseren Vorkämpfern für Wahrheit, Freiheit und Recht“ Ludwig Windthorst, Dr. Ernst Maria Lieber. Sie haben sich Denkmal gesetzt, dauernder, als wären sie aus Marmor gemeißelt. Uns aber liegt es ob, das Andenken an wahrhaft große Männer in Wort und Bild festzuhalten. Auch die unterzeichnete Firma will das ihrige dazu beitragen. Obwohl das Sortenverzeichnis ihrer Cigarrenfabriken bereits weit über 100 Nummern aufweist, hat sie keinen Anstand genommen, jetzt noch die Marken: Ludwig Windthorst und Dr. Ernst Maria Lieber einzufügen. Ebenso hat sie aus Anlaß des päpstlichen Jubiläums-Jahres eine neue Marke: Leo XIII. eingefügt. Die Qualitäten dieser drei neuen Marken im allgemeinen kann ich kurz beschreiben: Was Dr. Ernst Lieber und Ludwig Windthorst unter ihren Mitmenschen waren, das sind die beiden ihren Namen tragenden Marken unter den Cigarren, wie Leo XIII. das feinste, — „lumen in oculo“ — „ein Licht am Himmel“, so glänzt die ganz vorzügliche, gleichnamige neue Marke als allerfeinste Qualitätscigarre.“ Webe Gott nur, daß die Marke Leo XIII. so ist, daß er sie selbst rauchen kann, denn sonst ist die Qualitätscigarre ja eine schwere Beleidigung, meint unser Kölner Parteiblatt zu dieser wichtigen Mitteilung. Herr Reesing erhebt für die Leo-Cigarre nur 6 1/2 Pfennige.

Im übrigen haben wir nichts dagegen, wenn sich die katholische Gesinnung in blauen Dunst auflöst.

Auskunft in Rechtsfragen.

B. St., 500. Rulw. Wenn die Vereinbarung vom 1. Januar ab getroffen ist, muß der erhöhte Lohn auch von dieser Zeit ab ausgezahlt werden.

A. 3. Selbstverständlich. Erben. Der Posteingangsschein genügt nicht; Sie müssen flagbar werden.

Adressen der Vorstände bzw. Vertrauensleute der Leipziger Gewerkschaften.

- Gewerkschafts-Komitee. Vorsitzender: August Diekmann, L.-Neuschönefeld, Eisenbahnstraße 10, III. Kassierer: S. Wilsdorf, L.-Reudnitz, Friedrich August-Str. 2a, III. Bureau: Coburger Hof, Windmühlenstr. 11. Telefon Nr. 483. Bäcker. Otto Freitag, L.-Plagwitz, Weissenfeller Straße 62, III. Barbier und Friseur. K. Bergmann, Seeburgstraße 62. Bau- und Erdarbeiter. Oskar Müller, L.-Gohlis, Dorothienstraße 48, III. Bildhauer. Otto Stein, Wäffer Str. 6, IV. Böttcher. Ernst Bezel, L.-Gohlis, Braustr. 18, V. pt. Brauer. Otto Baer, L.-Kleinzschocher, Gustav Adolf-Str. 10, I. Buchbinder. Gustav Gallsch, L.-Reudnitz, Gemeindestr. 3, I. Buchdrucker. Th. Labuhn, L.-Volkmarstorf, Ludwigstraße 92, II. Buchdruckerei-Gilddrucker und -Arbeiterinnen. Otto Schulze, L.-Reudnitz, Littenstr. 28. Bureauangestellte. Gustav Diebe, L.-Anger, Bernhardtstr. 37, pt. Cigarrensortierer. Dellsch, L.-Reudnitz, Köstlstr. 10, pt. Dachdecker. Karl Rattrott, Moltkestr. 21, V. II. Sektion der Pappbender und Asphaltheure: Max Wille, L.-Lindenau, Hermannstraße 11, IV. Eisenbahner. Albin Schäber, L.-Reudnitz, Kronprinzstr. 6, pt. Fabrikarbeiter. Emil Bohle, L.-Kleinzschocher, Baummannstr. 5, pt. r. Fleischer. Max Schürich, Köstlstr. 16, II. r. Fleischleger. Karl Reilner, L.-Sellenhausen, Schützenhausstraße 7. Formschneider. L. Unger, L.-Gonnwitz, Mendendorfer Straße 35, pt. Gärtner. Günther Mittelhäuser, L.-Lindenau, Lindenstraße 7, II.

- Gastwirtsgehilfen. Gustav Fod, L.-Anger, Zweinaundorfer Straße 22, Mittelgeb. I. Glasarbeiter. Paul Liebig, Körnerstraße 50, Hof I. Glaser. Georg Gebhardt, L.-Kleinzschocher, Albrechtstraße 22, I. Gemeindeführer. M. Burghardt, L.-Gonnwitz, Köstlstr. 134, IV. Graveure und Eisenre. Emil Berger, Sternwartenstr. 31, IV. Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Karl Sängerslaub, Hauptstr. 6, S. p. Bureau: Coburger Hof, Windmühlenstraße 11. Telefon Nr. 493. Handlungsgehilfen. Wilsch, Wittig, Tauchaer Straße 10/21. (Comptoir der Leipziger Volkszeitung.) Telefon Nr. 2721. Holzarbeiter. M. Börner, L.-Reudnitz, Lutherplatz 4, IV. Bureau: Coburger Hof, Windmühlenstr. 11. Telefon Nr. 488. Gutmacher. K. Heise, Neuhäuser Tauchaer Str. 8, IV. r. Konditoren. Erich Reilner, Möderna, Karolastraße 1, II. Kupferschmiede. Wilsch, Lehner, L.-Gonnwitz, Biederemannstr. 14, I. Kürschner. Guido Wötcher, L.-Lindenau, Goethestr. 4. — Karl Bergl, L.-Reudnitz, Mariannenstr. 2. Lagerhalter. Ernst Müller, Schönefeld, Hauptstr. 42. Lithographen und Steinbrucker. Sektion der Lithographen: Max Gsch, L.-Schleußig, Könnersstraße 68, IV. Sektion der Chemigraphen: Arthur Schubert, Schönefeld, Kreuzstr. 12. Sektion der Steinbrucker: Friedr. Höpner, L.-Volkmarstorf, Kirchstr. 58, II. Bureau: Pantheon, Dresdener Straße. Lithographen. Felix Lehmann, L.-Sellenhausen, Brandiser Str. 7, II. Maler und Lackierer. Th. Gaus, L.-Reudnitz, Rathausstr. 41, IV. Maurer. Gustav Jakob. Bureau: Stadt Gotha, Gr. Fleischer, 14, I. Maschinisten und Felzer. Fr. Pfeifferhorn, Tauchaer Str. 19/21. (Leipziger Volkszeitung.) Metallarbeiter. Otto Reibe, Bureau: Coburger Hof, Windmühlenstraße 11. Telefon Nr. 493. Müller. Ernst Wolff, Böhlitz-Ehrenberg, Leipziger Straße 99. Musiker. Adolf Heise, L.-Gohlis, Böttcherstr. 7, pt. Notenstecher. Max Köhlich, Thalstraße 27, I. Sattler. Otto Rothe, L.-Gohlis, Lindenbäcker Straße 29, I. Schmiede. Ernst Ritter, L.-Lindenau, Gundorfer Str. 38, I. Schneider. H. Weider, Brommenadenstraße 88, III. Schuhmacher. Otto Lübertz, Seeburgstraße 68, II. I. Schuhmacher. Felix Lange, Kuenstraße 28, IV. Sektion der Marmorarbeiter: Veigang, L.-Kleinzschocher, Rindorfer Str. 18, I. Steinleger. Karl Munkwitz, L.-Neuschönefeld, Rosenstraße 11. Stuckateure. Karl Voigt, L.-Lindenau, Sophienstr. 7, pt. Tabakarbeiter. Rob. Biehl, L.-Volkmarstorf, Elfenbeinstr. 16, II. Tapezierer. Albert Schönowski, Götzenstraße 15, I. Textilarbeiter. L.-West: J. Glanzmann, L.-Plagwitz, Markgrafstraße 29, pt. L.-Ost: Kurt Henschel, L.-Reudnitz, Marktstraße 7, II. Töpfer. Arthur Heine, L.-Thonberg, Reichenhainer Straße 108. Vergolder. D. Triller, Schönefeld, Dimpfelstraße 17, II. Zimmerer. Fr. Hofe. Bureau: Gohlisch, Doursstraße 36.

Versammlungs-Kalender.

Donnerstag: Verein Vorwärts, Leipzig-Gld. Gambinus zu Gonnwitz, Abends 7 1/2 Uhr.

Arbeiterinnen! Nachstehende Personen sind bereit, Beschwerden über Fabrik- und Arbeitsverhältnisse entgegenzunehmen und sie, ohne die Namen der Beschwerdeführerinnen zu nennen, der Behörde zu übermitteln: Fran Dunder, Gohlis, Wilschstr. 2, III. Frenzel, Lindenau, Gundorfer Str. 18, I. Geibel, Leipzig, Hauptmannstr. 7, pt. Jäger, Gonnwitz, Leipziger Str. 33, pt. Müller, Neuschönefeld, Eisenbahnstr. 10, IV. Remus, Schleußig, Könnersstr. 37, pt. Wehmann, Lindenau, Wismarstr. 40, pt. Widera, Leubitz, Hauptstr. 20, II.

Arbeiterinnen bringen ihre Beschwerden über Fabrik- und Arbeitsverhältnisse an bei

Frau Marie Sedelmeyer amtl. Vertrauensperson f. die Fabrikarbeiterinnen der Kreishauptmannsch. Leipzig Leipzig, Quaistraße 1, I. Sprechstunden: Sonntags vormittags 11-12 Uhr, Montags abends 6-8 Uhr

Das Auskunftsbureau für gewerbliche Streitigkeiten, Unfall-, Alters- und Invalidenrenten

befindet sich im Coburger Hof, Windmühlenstraße 11, 1. Etage.

Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Dienstag den 4. Juni 1902. (Mitgeteilt von Gebr. Glass.)

Weizen per 1000 kg netto still	inländischer	170-175 bez. Brf.
Roggen per 1000 kg netto fest	inländischer	174-179 bez. Brf. 147-150 bez.
Gerste per 1000 kg netto	ausländischer Braugerste hiesige	154-157 bez. Brf.
Hafer per 1000 kg netto ruhig	inländischer	134-146 bez. Brf.
Mais per 1000 kg netto	ausländischer amerikanischer runder	168-170 bez. Brf.
Oel Saat per 1000 kg netto	Cinquantin	124-128 bez. Brf.
Rapskuchen p. 100 kg netto	Raps	130-138 bez. Brf.
Rübel rohes p. 100 kg netto frei Haus hier ohne Fass ruhig	flüssiges	54,50 nominell.

Ausseramtlich:

Malz per 100 kg netto loco	26-28	
Wicken per 1000 kg netto loco	190-200	
Erbsen per 1000 kg netto loco grosse	220-230	
	kleine	190-200
	Futter	170-190
Bohnen per 100 kg netto loco	18-20	
Kleesaat per 100 kg netto rot nach Qualität	60-100	
	weiss nach Qualität	60-200
	gelb nach Qualität	40-46
	schwed. n. Qualität	120-160

Die Mühlen und Mehlhändler von Leipzig und Umgeg. notieren:

Weizenmehl Nr. 00 24.00	Roggenmehl Nr. 0	20.50
per 100 kg " 621.50-22.50	per 100 kg " I	14.00-14.50
exkl. Sack " 119.00-19.50	exkl. Sack " II	14.00-14.50
exkl. Sack " 117-17.50M.	Roggenkleie Mk. 10:50-11.00 per	
Weizenaschen 9.50-10.00M.	100 kg exkl. Sack	

Küchenzettel der Smithischen Speiseanstalten.

Donnerstag: Speiseanstalt I (Johannplatz): Saure Kartoffelstücke m. Kalbaunert. Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Rudek mit Rindfleisch.

Theatervorstellungen.

Neues Theater. Mittwoch den 4. Juni: 145. Abonn.-Vorstellung (1. Serie, grün): 3. Schauspiel des Herrn Anton Franck. Der Vogelhändler.

Operette in 3 Akten (nach einer Idee des Bildvile) von M. West und L. Feld. Musik von Karl Heller. Regie: Regisseur Unger. — Direktion: Kapellmeister Mayer. Kurfürstin Marie Fr. Wolff Baronin Adelaide Fr. Wulf Komtesse Wini Fr. Wretton Baron West, kurfürstlicher Wald- u. Wildmeister Fr. F. Groß Graf Stanislaus, Garde-Offizier, sein Neffe Fr. Heine

Erwerbt das Bürgerrecht!

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind nach § 17 der revidierten Städteordnung alle Gemeindeglieder berechtigt, welche

1. die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen oder erwerben; 2. das 25. Lebensjahr erfüllt haben; 3. öffentliche Armenunterstützung weder beziehen noch im Laufe der letzten zwei Jahre bezogen haben; 4. unbescholten sind; 5. eine direkte Staatssteuer von mindestens 3 Mk. jährlich bezahlen (800 bis 700 Mk. Einkommen); 6. in den letzten zwei Jahren ihre Staats- und Gemeindegabten vollständig bezahlt haben; 7. im Stadtgebiet seit wenigstens zwei Jahren wohnhaft sind oder 8. in einer anderen Stadtgemeinde Sachsens bisher stimm-berechtigte Bürger waren.

Bei der Einreichung des Antrags auf Verleihung des Bürgerrechts sind beizubringen, falls der Antragsteller Sachse ist:

1. der Geburtschein (event. Familienbuch, Konfirmationschein oder dergleichen); 2. Militärausweis; 3. die quittierten Steuerzettel der letzten zwei abgelaufenen Jahre.

Bei Nichtsachsen muß zugleich das Ersuchen an den Rat gerichtet werden, bei der Kreis-Hauptmannschaft die Aufnahme als sächsischer Staatsangehöriger zu vermitteln. Außer den bereits für Sachsen angegebenen Papieren sind beizubringen:

1. Staatsangehörigkeitsausweis eines deutschen Bundesstaates, bei verheirateten 2. Familienbuch; wo das nicht vorhanden, Trauschein sowie Geburtschein von Frau und Kindern.

Die meisten Umstände verursacht die Beibringung eines Staatsangehörigkeitsausweises, doch ist die Materie gesetzlich geregelt. Die Ausstellung eines Ausweises hängt nicht vom guten Willen einer Behörde ab. Im deutschen Reiche besteht ein Jndigenat (Staatsbürgerrecht) mit der Wirkung, daß jeder Angehörige eines jeden Bundesstaates in jedem anderen Bundesstaat als Inländer zu behandeln, und demgemäß zur Erlangung des Staatsbürgerrechts x. wie der Einheimische zuzulassen ist. Kein Deutscher darf in der Ausübung dieser Befugnisse durch die Obrigkeit seiner Heimat oder durch die Obrigkeit eines anderen Bundesstaates beschränkt werden.

Urkunden über Staatsangehörigkeit können nur von der höheren Verwaltungsbehörde des Heimlandes ausgestellt werden. Dem diesbezüglichen Gesuche sind beizufügen: Familienbuch (oder Geburtschein), Militärpapier sowie 1.50 Mk. für Stempelgebühren.

Gemeinde-Zeitung.

Stahmein. (Gemeinderats-Sitzung vom 22. Mai.) Anwesend sind diesmal sämtliche Vertreter. Ein Gesuch des Herrn Restaurateur Louis Kurl, um Errichtung eines Gesellschaftszimmers, wird nach längerer Debatte mit 5 gegen 2 Stimmen befristet. Auf die Eingabe des Arbeitervereins wegen Veränderung des Ausschusses der amtlichen Bekanntmachungen teilt der Vorsitzende mit, daß eine Veränderung eingetreten sei, wodurch die Zugänglichkeit und Erklärbarkeit eine weit bessere geworden ist als früher. Es wird sodann Stellung zur Befestigung der Lindenbäcker Gemeindefrankenkasse genommen und beschlossen, erst in anderen Gemeindefrankenkassen einzuziehen und in der nächsten Sitzung einen endgültigen Beschluß zu fassen.

Table listing names and professions, including Professore, Kaufmännler, and others.

Ort der Handlung: In der Rheinpfalz.
Wam - Herr Anton Frank, als Gast.
Pausen nach dem 2. Akt.

Altes Theater.

Mittwoch bis Sonnabend: Geschlossen.

Fahrplan der Eisenbahnen.

(Wichtig im Sommerhalbjahr 1902.)

Abfahrt der Eisenbahnhänge

Extensive railway schedule table with columns for destination, departure time, and arrival time.

Table with columns for destinations like Dresden, Leipzig, and Berlin, listing departure and arrival times.

Table for Dresdener Bahnhof, listing routes to various destinations and their schedules.

Table for Magdeburger Bahnhof, listing routes to Halle, Erfurt, and other cities.

Table for Thüringer Bahnhof, listing routes to Erfurt, Göttingen, and other locations.

Table for Eisenbahnhänge, listing routes to various regional destinations.

Table for Leipziger Bahnhof, listing routes to Leipzig, Chemnitz, and other nearby areas.

Table for Anfuhr der Eisenbahnhänge, listing arrival times for various routes.

Table with columns for destinations like Leipzig, Chemnitz, and Dresden, listing departure and arrival times.

Table for Dresdener Bahnhof, listing routes to various destinations and their schedules.

Table for Magdeburger Bahnhof, listing routes to Halle, Erfurt, and other cities.

Table for Thüringer Bahnhof, listing routes to Erfurt, Göttingen, and other locations.

Table for Eisenbahnhänge, listing routes to various regional destinations.

Table for Leipziger Bahnhof, listing routes to Leipzig, Chemnitz, and other nearby areas.

Table for Anfuhr der Eisenbahnhänge, listing arrival times for various routes.

Advertisement for 'Gesundheitsstätte Erdenglück bei Frauendorf (Bez. Leipzig)', describing health benefits and services.

Advertisement for 'Billige Fahrräder, Luftschläuche, Laufdecken, Fahrradklarner', listing bicycle parts and services.

Advertisement for 'Möbel' (Furniture) by H. Dietrich, located at Lindenau, Merseburger Str. 83.

Advertisement for 'Pneumatic' tires and other bicycle-related products.

Advertisement for 'Geschlechtsl.' (Sexual health) services, mentioning Dr. Schmidt.

Advertisement for 'Neugebauer, stad. gebild.', offering practical and natural methods for various ailments.

Advertisement for 'Käute und Verkäufe', 'Vogelfutter', and other goods.

Advertisement for 'Popp' (Popp) products, including various household and industrial items.

Advertisement for 'Kauf' (Purchase) of various goods, including bicycles and furniture.

Advertisement for 'Wohnungsanzeigen' (Real Estate) and other services.

Advertisement for 'Familienanzeigen' (Family notices) and other personal announcements.

Reichstag.

185. Sitzung. Dienstag den 3. Juni 1902, 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Pofadowsky, Frhr. v. Thielmann. Präsident Graf Ballestrem: Indem ich die Herren Kollegen nach der Pfingstpause aufs herzlichste begrüße, erkläre ich die Sitzung für eröffnet.

Meine Herren, während wir nach aufregender Arbeit Erholung in der Heimat suchen, ist unser Nachbarland Frankreich von einem schweren Unglück heimgesucht worden. (Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen.) Durch ein gewaltiges, fast beispielloses Naturereignis ist die französische Insel Martinique auf das allerschwerste geschädigt worden. Eine blühende Stadt mit vielen tausend Einwohnern ist mit denselben vollständig vernichtet, fruchtbare Felder und Plantagen von großer Ausdehnung sind in Asphalten verwandelt und noch immer broht dem bisher verschonten Teile der Insel ein gleiches Schicksal, da die Naturerscheinungen, welche dieses Unheil herbeigeführt haben, noch nicht aufgehört haben. Junge Teilnahme und tiefes Mitleid hat das deutsche Volk empfunden bei diesem Unglück, welches die edle französische Nation getroffen hat. Diesen Gefühlen namens der Vertreter des deutschen Volkes von dieser Stelle Ausdruck zu geben, ist der Zweck dieser Worte. (Lebhaftes Bravo!) Sie haben sich von ihren Plätzen erhoben und damit ausgedrückt, daß Sie meinen Worten zustimmen. Ich stelle dies hiermit fest. (Bravo!)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Entwurfs eines Sittstoffgesetzes (Sacharinstoffgesetz). Das Gesetz wird, nachdem die Abg. Becker (Centr.) und Hermes (freis. Vp.) sich für eine Ueberweisung des Gesetzes an die Zuckersteuerkommission ausgesprochen hatten, einstimmig an die Zuckersteuerkommission überwiesen.

Hierauf wird die dritte Lesung des Branntweinsteuergesetzes bei Art. II, 151 Abs. 4 fortgesetzt, worin Bestimmungen getroffen werden über diejenigen Arten von Branntwein, die von der Verbrauchsabgabe befreit bleiben sollen. Der Bundesrat soll ermächtigt werden, auch solchen Branntwein von der Verbrauchsabgabe frei zu lassen, der in Krank-, Entbindungs- und ähnlichen Anstalten oder in öffentlich-wissenschaftlichen Anstalten verwendet wird. Ein Antrag Dr. Bachnick (freis. Vp.) will diesen Antrag wie folgt fassen: Der Bundesrat ist ermächtigt, auch solchen Branntwein von der Verbrauchsabgabe frei zu lassen, der zu wissenschaftlichen oder Heilzwecken verwendet wird.

Abg. Dr. Bachnick (freis. Vp.) befragt die Kommission, ob sie die Steuerfreiheit der Apotheken zu befestigen beantragt, den Rahmen der ihr überwiesenen Beratungsmaterie überschreitet. Ich bitte den Vertreter der verbündeten Regierungen um Auskunft darüber, ob nach den Kommissionsbeschlüssen auch derjenige Spiritus von der Befreiung ausgeschlossen werden soll, der in Apotheken zur Herstellung medizinischer Präparate verwendet wird. Rednet verbreitet sich dann im allgemeinen über die Lage der Branntweinsteuererhebung und bezeichnet als Ursachen der Ueberproduktion die Kontingenterhebung und die Gründung des Spirituskartells. Jetzt ist die Krise da und wieder wird der Ruf laut, daß die Gesetzgebung einsehen möge. Der Niederschlag solcher Bestrebungen ist das vorliegende Gesetz, das alle Schäden eines Kompromisses an sich trägt. Etwas Kniffligeres, Unüberwindlicheres, Komplizierteres, als dieses Gesetz, hat es nie gegeben; es wird kaum von den Interessenten verstanden. (Sehr richtig! links.) Das Ende dieser ganzen Gesetzgebung wäre das Monopol. Schon weil wir das nicht wollen, können wir den Weg, der dahin führt, nicht betreten. Die Fabriksteuer muß eingeführt werden mit gewissen Uebergangsbestimmungen für die kleinen und besonders für die Genossenschaftsbrennereien. Ich bitte Sie, unseren Antrag anzunehmen. (Beifall links.)

Reichssekretär Frhr. v. Thielmann: Die verbündeten Regierungen sind überhaupt nicht in der Lage, irgend eine Stellung zu dem vorliegenden Gegenstande einzunehmen. Die Regierungsvorlage ist in allen Teilen abgelehnt und die heutige Vorlage ist kein Beschluß des Hauses. Wir haben noch nicht einmal von dem Herrn Referenten etwas Bestimmtes darüber gehört, was die Kommission gewünscht hat. Meine persönliche Ansicht ist, daß Spiritus, der in chemischen Fabriken zu gewerblichen Zwecken verwendet wird, steuerfrei bleibt. Die Stellungnahme der verbündeten Regierungen muß ich vorbehalten.

Abg. Wurm (Soj.): Wir halten es für nötig, daß das Volk wieder einmal auf all die Schönheiten der deutschen Spiritusgesetzgebung aufmerksam gemacht werde. 100 Millionen Mark wandern jährlich aus den Taschen der Kerneisten in die Kasse des Reichs und in die Säcke der Brenner! Man sucht ja nun diese Steuer etwisch zu motivieren, es ist aber falsch, daß die Verteuerung des Branntweins die Trunksucht einschränkt. Diejenigen, die durch Not und Glend zum Trunke getrieben werden, werden sich durch hohe Preise davon nicht abbringen lassen. Und diesen gleich stehen jene Elemente aus den Kreisen der Aristokratie und der studierenden Jugend, die das geistige Glend zum Trunke drängt. Es ist unwahr, daß von unserer Seite die Entfallamtelsbewegung bekämpft wird; wir haben stets für eine Einschränkung von Bier- und Schnapfkonsum gewirkt. Ein Staat freilich, der die Lebensmittel verteuert, vermag der Trunksucht nicht abzuhelfen! Wenn es nicht wahr wäre, daß die Brennererei die abligen Großgrundbesitzer die 48 Millionen Mark aus den Taschen der Kerneisten erhalten, so hätten sie doch für die Aufhebung der Verbrauchsabgaben eintreten. Ihre Wünsche (nach rechts) gehen nur dahin, daß ihnen von Staats wegen die Produktion abgenommen und Zuschuppreise gezahlt werden. Das ist Ihr Endziel!

Die Spiritusindustrie besitzt nicht jene Existenzberechtigung, die man ihr auf der rechten Seite gern zusprechen möchte. Es ist von uns äffernmäßig bargelegt worden, daß nur 6,8 Proz. der Kartoffelproduktion zur Spiritusindustrie verwendet werden und daß es keineswegs ganze Provinzen giebt, deren Bodenbeschaffenheit nur den Anbau von zur Spiritusfabrikation geeigneten Kartoffeln gestattet. Die Spiritusindustrie hat den Kartoffelbau enorm gesteigert, die Centrale treibt mit Hilfe des Kartoffelpreises in die Höhe und reizt dadurch immer mehr zur Produktion. Der Weg zu einer rationalen Gelandung des Kartoffelbaues ist nur dadurch gegeben, daß bessere Kartoffeln gebaut werden, die nicht so große Erträge liefern, der Masse der Bevölkerung aber mehr nützen.

Es sind einzelne große Brennereien, denen die Liebesgabe zu gute kommt, während die große Masse der Brennereien nur ganz kleine Vorteile haben. Daher ist es berechtigt, wenn wir sagen, daß durch dieses Gesetz den Großgrundbesitzern auf Kosten der Kerneisten ungeheure Vorteile zugehoben werden. In einer Broschüre des Dr. Lange ist mit naiver Dreifigkeit hervorgehoben, wie diese ganze Spiritusgesetzgebung von einflussreichen Stellen innerhalb und außerhalb des Hauses gemacht wird; dort heißt es: „Dazu brauchen wir intelligente Leute und Leute, die Einfluss haben.“ In der Kommission haben wir ja die Arbeit dieser intelligenten Leute gesehen, wie sie es verstanden haben, Vorschriften zu machen, die den betreffenden Interessentkreisen zu gute kommen. Wir werden noch öfter Gelegenheit haben, Sie hier im Hause an dies Verhältnis zu erinnern, wie Sie die Gesetze zu Ihren eigenen Zwecken zurecht schneiden und Ihren Einfluss auf die hohen Kreise ausnützen. Gewiß, wer Einfluss hat, läßt dennächst auch noch die Kriegsschiffe mit Spiritus helzen, und wenn es noch so teuer wäre. Die Hauptsache ist, daß man den Agrariern einen Gefallen thut. Die Kerneisten der Armen aber müssen dafür büßen und im Namen dieser ärmsten Bevölkerung protestieren wir gegen dieses Vorgehen und verlangen, daß die Verteuerung des Branntweins aufgehoben wird. Wenn der Branntwein in der Schweiz mit Zustimmung meiner Freunde besteuert wurde, so geschah es, weil dort die Erträge benutzt werden, um die arme Bevölkerung aufzuklären und

aus der Sklaverei des Alkohols zu befreien. Bei uns aber dient die Verteuerung dazu, die arme Bevölkerung noch mehr zu verflaven, indem die konservativen Herren ihre Macht aus diesen Mitteln gebrauchen, um das Koalitionsrecht zu befestigen, den Kontraktbruch zu bestrafen und die Lebensmittel zu verteuern. Wegen eine solche Gesetzgebung legen wir energischen Protest ein. (Lebhaftes Bravo! bei den Soj.)

Preußischer Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Gegenüber dem Herrn Vorredner bemerke ich, daß in Norwegen durch eine erhöhte Branntweinsteuer eine Einschränkung der Trunksucht erfolgt ist. Eine Aufhebung der Steuer würde den Konsum stark steigern. Bei jeder Steuer muß doch darauf Rücksicht genommen werden, daß die großen erwerbenden Industrien erhalten werden. Wir geben doch jährlich enorme Summen für sozialpolitische Zwecke. Da kann man doch nicht von einer Liebesgabe sprechen, wenn großen Produktionszweigen staatliche Maßnahmen zu Hilfe kommen. Ohne Kartoffel ist keine Kultur im Osten möglich und daher auch nicht ohne Spiritusbesteuerung. Ich bitte das Haus, in diese Gesetzgebung endlich einen Abbruch zu bringen im allgemeinen Interesse der Nation und besonders im Interesse der Landwirtschaft. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Senker (nat.-lib.): Ich freue mich, daß die Brenner sich jetzt mehr zusammenschließen und hoffe, daß sie gegen die Beschlüsse der Kommission protestieren werden. Die Kontingentsgesetzgebung hat nur zu Ueberproduktion geführt. In der Kommission habe ich den Antrag gestellt, Trimbrenntwein und technischen Spiritus Zoll von einander loszulösen. Mein Antrag fand aber keinen Anklang. Die jetzige Vorlage ist für mich persönlich unannehmbar.

Abg. Dr. Müller-Sagan (freis. Vp.): Namens meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir bringen wünschen, daß der vorliegende Fall kein Präzedenzfall werde, da bei dieser Vorlage die Bestimmung umgangen ist, daß jede Vorlage drei Lesungen durchmachen muß und da sich weiter die Kommission nur mit den ihr überwiesenen Teilen von in Beratung befindlichen Vorlagen beschäftigen darf. — Die Steuererhebung haben in letzter Linie immer nur die Konsumenten zu tragen. Den Antrag Bachnick bitte ich anzunehmen. Machen Sie durch solche Maßnahmen die an sich schon obsole Liebesgabenpolitik nicht noch obsolet! (Beifall links.)

Abg. Dietrich (konf.): Die Sozialdemokraten wagen es nicht, den Interessen der Gastwirte, auf die sie angewiesen sind, entgegenzutreten und können aus diesem Grunde gegen die Trunksucht nicht energisch Stellung nehmen. Eine der wichtigsten Funktionen der neuen Gesetzgebung ist, den gewerblichen Spiritus zu verbilligen und neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Das ist für die Arbeiter viel wichtiger, als billige Lebensmittelpreise.

Abg. Wurm (Soj.): So lange meine Partei existiert, wird sie von einer Politik der Liebesgaben sprechen. Gewisse Dinge kann man nicht oft genug wiederholen. (Unruhe rechts.)

Von den Worten des preußischen Finanzministers war nur das eine richtig, daß er unsere Stellung nicht begriffen hat. Er hat weiter bewiesen, daß er die Materie gar nicht kennt, durch die Behauptung, die Rede von den Liebesgaben scheine von den Sozialdemokraten erfunden zu sein. In Wirklichkeit hat ein konservativer Herr dieses Wort erfunden.

Auf die weiteren Fragen des Finanzministers haben wir ihm die Antwort von vornherein gegeben mit unserer fortwährend wiederholten Forderung auf Aufhebung der indirekten Steuern und der Schaffung einer Vermögenssteuer. Dann werden Sie genügend große Geldmittel erhalten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Paasche: Das Gesetz ist keine Musterleistung, aber jedenfalls weniger agrarisch als die früheren Branntweinsteuergesetze. Ich bedaure, daß der Denaturierungszwang nicht durchgeführt werden können. Der Grundgedanke, aus der heimischen Kartoffel eine Licht- und Kraftquelle zu schaffen, war jedenfalls richtig.

Abg. Dr. v. Dymenowski (Polen): Angehlich der Thatsache, daß der polnische Großgrundbesitz von der preußischen Regierung bedrängt wird, wie die Polen vorlage beweist.

Präsident Graf Ballestrem: Das gehört durchaus nicht zur Brennsteuer. (Heiterkeit.)

Abg. v. Dymenowski (fortfahrend): Meine Freunde haben angelehnt jener Politik der preußischen Regierung um so mehr Veranlassung, den Großgrundbesitz zu schützen. Wir müssen eine Politik der Selbsterhaltung treiben und dafür sorgen, daß der Großgrundbesitz durch gesetzgeberische Maßnahmen geschützt wird. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. § 1 wird in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 2 behandelt die Frage der Kontingenterhebung. Die Demeßung derselben erfolgt nach Anhörung zweier Sachverständiger die nach dem Kommissionsbeschlusse Besitzer landwirtschaftlicher Brennereien sein müssen.

Die Abg. Wurm (Soj.), Dr. Müller-Sagan (freis. Vp.) beantragen, daß die Sachverständigen der Brennerei- und der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft entnommen werden sollen.

Abg. Wurm (Soj.): Das ganze Gesetz ist auf den Großgrundbesitz zugeschnitten. Herr v. Dymenowski hat ja heute offen erklärt, daß das Gesetz die Interessen des Großgrundbesitzes vertrete. Ich bitte unsern Antrag anzunehmen.

§ 2 wird hierauf unter Ablehnung des Antrags Wurm in der Kommissionsfassung angenommen.

Ein Vertagungsantrag Müller-Sagan wird hierauf abgelehnt.

Zu § 4 beantragen die Sozialdemokraten den 1887 eingeführten und 1889 wieder aufgehobenen Reinigungszwang für Trimbrenntwein wieder einzuführen.

Abg. Wurm (Soj.): Unser Antrag betrifft den Reinigungszwang für Spiritus, den man schon früher beschloffen, dann aber wieder aufgehoben hatte, indem man technische Schwierigkeiten vorschob. Das Reichsgesundheitsamt hat die Schädlichkeit des Fusels an Tieren festgestellt, hat aber auf die Ergebnisse nichts gegeben. Bei Vorläurezügen an amerkanischem Fleisch aber hat es sich durch Tierversuche bestimmen lassen! Wir halten den Reinigungszwang für bringen nötig und müssen von Reichsgesundheitsamt Auskunft darüber verlangen, ob Tierversuche nachgehend sein sollen oder nicht. Wir müssen den Agrariern klar machen: Haus! du meine Vorläure, so hau ich deinen Fusel. (Heiterkeit und Beifall bei den Soj.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (freis. Vp.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Gerade bei dem Vorläureverbot hätte das Reichsgesundheitsamt nicht in der Kommission vor verschlossenen Thüren, sondern hier vor dem Reichstag seine Gründe darlegen müssen.

Damit schließt die Diskussion. Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

58. Sitzung der Bolltarifkommission.

Berlin, 3. Juni 1902.

Der von den Nationalliberalen Deumer und Sonn-Goslar beantragte Zoll auf Essigsäureerz hätte dem Abg. Deumer eigentlich Veranlassung geben sollen, die Frage der Industriezölle gründlich zu behandeln, da ja auch essigsaure Salze zur Herstellung verschiedenster Produkte dient und für manche Industrie ein unentbehrlicher Rohstoff ist. Allein, Herr Deumer beschränkte sich auf ein schlechter Kenner dieser Verhältnisse, denn er hatte zur Begründung seiner Anträge als Hauptargument nur den Finanzbericht eines chemischen Unternehmens ins Feld zu führen, dagegen handelte er wie ein Commis des Centralverbandes deutscher Industrieller, der die Befehle der kapitalgewaltigen Internerorganisation unbesonnen ausführt. Es scheint nämlich, als ob der Centralverband durch die

beantragte Verteuerung von Rohstoffen der chemischen Industrie diejenigen Firmen strafen wollte, die aus dem Verbands deutscher Industrieller wegen seiner hochschützamerikanischen Einseitigkeit ausgeschlossen sind.

Nicht drastisch kennzeichnet eine Petition der Vereinigten chemischen Fabriken, Aktiengesellschaft in Schweinfurt, die von weiteren 74 Firmen unterzeichnet ist — Tuch-, Dunt-Nattunwebereien, Zwirnereien, Farben- resp. chemische Fabriken, kurz, die verschiedensten Industrien sind dabei vertreten — und rund heraus erklärt, daß jellen wohl ein Verlangen nach Staatshilfe in weiten Kreisen größere Erwitterung hervorgerufen hat, als verschiedene Anträge des Centralverbandes deutscher Industrieller, dem Reichstage eingereicht am 1. Mai 1902. Mit einer merkwürdigen, fast auffallenden Leichtigkeit werden in diesen Vorschlägen bedeutsame wirtschaftliche Fragen behandelt. Das ist ein hartes Urteil von Sachverständigen, aber wohl verdient und trifft natürlich auch die Zollner, die außer Deumer ebenfalls einen Zoll auf Essigsäureerz von 5 Mt. beantragten, wie der sächsische Antisemit Gabel und der Centrumsmann Lurz.

Der Abg. Goch vertritt in längerer, eingehender Rede den Antrag der Sozialdemokraten, nicht nur diese Position, sondern alle damit verbundenen, besonders aber „Essig aller Art“ zollfrei zu lassen.

Darauf ergeht sich der Regierungskommissar van der Borch in langen Ausführungen über die verschiedenartigsten Beziehungen der einzelnen, in den zusammengefaßten Positionen benannten Produkte zueinander, sowie über die handelspolitischen Gründe, die beim Essigzoll in Betracht kämen, besonders Amerika gegenüber. Der letztere Teil seiner Ausführungen wird, wie der gleiche immer, als vertraulich betrachtet.

Goch widerspricht diesen Ausführungen und plädiert für seine Anträge, die Essigsäure ebenfalls frei lassen, Essig ac. aber mit niedrigeren Zöllen als im Entwurf belegen wollen. Schumberger meint, der Zollschutz gewähre verschiedenen Industrien nicht den Vorteil, wie der Patentschutz, der oft Industrien nach dem Auslande treibe.

Der Handelsminister Müller nimmt die Patentgesetze gegen die Schumbergerschen Ausführungen in Schutz, sie hätten zur vorliegenden Frage nicht die ihnen beigelegte Bedeutung.

Regierungskommissar v. Wacha giebt eine fachtechnische Darstellung, die neue Verfahrensdarten zur Gewinnung chemischer Produkte, die dem Acton gleichkommen, anschaulich macht, damit aber auch den Beweis liefert, wie unsinnig es ist, die Entwicklung der chemisch-technischen Industrien zu hindern. Durch die Entwicklung selbst wird der sogenannte Zollschutz ad absurdum geführt. Ein Schlussantrag macht der mehrstündigen Debatte ein Ende.

Abgestimmt wird zunächst über Position 307. Die Position wird nach dem Antrag Gamp mit 1 Mt. Zoll belegt und im Wortlaut gefaßt: Essigsäure Salze, sowie Acetonäde. Die Position 185, Essig, wird nach der Vorlage angenommen.

Position 275, Essigsäure (angefügt: Anhydrid), wird nach der Vorlage angenommen. In Position 347, Holzgeist, soll, wird angefügt Aceton, r o h. Der Antrag, 5 Mt. Zoll aufzulagen, wird angenommen. Zu Position 348, Holzgeist gereinigt, Aceton gereinigt, wird der Antrag Gamp, 20 Mt. statt 15 Mt. Zoll zu setzen, angenommen. Ferner wird die Anmerkung zu Position 185 angenommen: Essig mit mehr als 15 Gewichtsteilen Essigsäure in 100 ist wie Essigsäure zu verzollen.

Zu Position 308, Weizener, Weisessig 1 Mt., beantragen die Sozialdemokraten — zollfrei.

Während der Regierungsbereiter v. d. Borch handelspolitische Gründe, nach denen vermehrte Absatz- und Arbeitsgelegenheit gewonnen werden soll, für den Zoll anführt, weist Abg. Goch nach, daß dieser Zweck nicht erreicht werde. Das erweise die Ausführungsstatistik, die eine Hebung des Absatzes sowie Konstatiere. Die Position wird nach der Regierungsvorlage angenommen.

Position 309, Weinstein, roh — frei; gereinigt — 8 Mt., und Position 310, Brechweinstein — 8 Mt., werden in der Beratung verbunden. Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit; Stadthagen begründet den Antrag in einer längeren Rede, in der er im allgemeinen die Verletzlichkeit der aufgestellten Industriezölle und die Grundlosigkeit in der beabsichtigten Abmessung des angelegten Zollschutzes für die einzelnen Industrien nachweist. Das nationale Interesse werde dadurch nicht gehoben, sondern geschädigt. Man werde im Lande staunen über die Verwirrung und Gegenfährlichkeit, die sich unter den Schutzgüllnern selbst bezüglich der chemischen Industrien zeige. Wenn der Weltmarkt unsere Industrie bedrohe, werde die Gefahr nicht durch den Zollunzug abgewehrt, die Entwicklung gehe darüber hinweg; vielmehr sei zu befürchten, daß durch diese Kräfte- und Marktumschüttel die deutsche Industrie niedergerissen werde. Pos. 309 wird nach der Vorlage angenommen; ebenso Position 310.

Die Pos. 311, Kohlensäure Magnesia, frei, und Pos. 312, Kohlensäure Strontian, 2 Mt., werden nach der Vorlage angenommen, der sozialdemokratische Antrag auf Zollfreiheit wird abgelehnt; ebenso wird Pos. 313, Zinksalze, frei, angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch 9 Uhr.

Sächsischer Landtag.

108. Sitzung der Zweiten Kammer.

8. Dresden, 3. Juni.

Auf der Tagesordnung steht als erster und wichtigster Punkt der Bericht der Finanzdeputation und der Gesetzgebungsdeputation über die

Wohnungsgeldzuschüsse.

Abg. Steiger (Berichterstatter) weist auf die Stelle in der Thronrede hin, die von den Wohnungsgeldzuschüssen handelt. Dort wird die Erwartung ausgesprochen, daß der Landtag die Notwendigkeit der Zuwendungen erkennen und damit die Zuverlässigkeit und Zufriedenheit der Beamten erhalten werde. Jetzt, so führt der Redner aus, ist der Zeitpunkt da, wo unsere Beratungen das Ergebnis zeitigen sollen, das in der Thronrede angedeutet wird. Die Beschlußfassung darüber gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Landtages und der größte Teil der Beamten wird mit Spannung unseren Verhandlungen folgen und in der Hoffnung leben, daß der schon seit Jahren gehegte Wunsch in Erfüllung gehe. Wenn wir so spät zu den Beratungen gelangt sind, so beschuldigt, weil wir mit der Regelung der Wohnungsgeldzuschüsse warten müßten, bis die finanzielle Möglichkeit dafür gegeben war. Das ist nicht zu einem Grade der Fall. Zu der gegenwärtigen Vorlage sind bereits bei der Vorberatung Gründe dafür und dagegen angeführt worden. Es dürfte jedoch kaum zu bestritten sein, daß ein Bedürfnis nach einer Regelung der Beamtengehälter vorliegt. Der wirtschaftliche Aufschwung in den Privatbetrieben, der Industrie, des Handels und der Gewerbe hat für den Arbeiter und Beamten Einkommen mit sich gebracht, die das der staatlichen Beamten wesentlich übersteigen und bei diesen den Wunsch rege werden lassen, daß ihr Einkommen mit dem der Angestellten der Privatbetriebe fortschreiten möge. Die Regierung hat wiederholt den Versuch gemacht, diesen Wunsch gerecht zu werden. Bereits dem vorigen Landtage hat eine Vorlage über Gewährung der Wohnungsgeldzuschüsse vorgelegen. Da die Regierung aber die Möglichkeit nicht bezeichnet, wie die Mittel beschafft werden sollten, wurde die Vorlage abgelehnt. Die Vorlage ist nun weitererschienen, und es sind dafür Summen in den Etat eingestellt worden. Inzwischen haben sich jedoch die Verhältnisse wesentlich geändert und es kommt heute so recht zur Geltung, daß ein sicheres Brot vor dem un-

lischeren doch große Vorteile hat. Wenn die Deputation nun doch darauf zurückzukommen ist, eine Aufbesserung, wenn auch in geringerer

Umfange, vorzuschlagen, so weiß den Beamten in besseren Zeiten

Verprechungen gemacht worden sind und doch Erhöhungen der Miet- und Lebensmittelpreise zu verbinden sind.

In der Deputation herrschte einmütig die Ansicht, daß die Zuschüsse in den Anfangsgeplante Höhe nicht gewährt werden können.

Die Deputation hat diese Frage besonders mit Rücksicht darauf bejaht, daß in Preußen Wohnungsgelder gewährt werden.

Freilich war man sich in der Deputation auch darüber einig, daß die Anwendung erst vom Jahre 1904 ab erfolgen könne.

Abg. Ditz: Wenn über die Vorlage kein besonders günstiger Stern gewaltet, so ist das in erster Linie darauf zurückzuführen,

daß sie in einer Zeit eingebracht worden ist, wie sie ungünstiger gar nicht gedacht werden kann. (Sehr richtig!) Wir mußten uns

fortgesetzt mit der ungünstigen Finanzlage beschäftigen und sollten Mittel für so umfangreiche Zuwendungen bewilligen,

die das Land schwer belasten würden. Wenn wir trotzdem der gegenwärtigen Vorlage näher treten, so habe das seine besonderen Gründe.

Abg. Matthes: Daß die unverheirateten Beamten nur die Hälfte bekommen sollen, erkenne ich an. Wie steht es aber mit den hohen Beamten, die sozialer Tagegelber bekommen,

daß sie ihren Gehalt beinahe erreichen. Sollen auch die Wohnungsgelder bekommen? Ich bedauere, daß ich den kleinen Beamten die Zuschüsse dieser Erhöhungen willens mit schwerer muß.

Abg. Schill: Ich bin im wesentlichen mit dem Votum der Deputation einverstanden. Nur insofern besteht ein kleiner Unterschied in der Auffassung, als ich der Meinung bin,

daß man etwas weitergehen solle, weitergehen nicht in der Höhe der Zulage, sondern des Zeitpunkt des Eintritts der Zuschüsse.

Abg. Weikert: Angesichts der ungünstigen Finanzlage müsse man sich mit der Kürzung bescheiden. Man solle damit aber nicht die Hoffnung aufgeben, daß mit der Besserung der Finanzlage

man auf eine Erhöhung zukommen werde. Bedauerlich sei, daß die Zuwendungen erst 1904 eintreten sollen.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Die Vorlage wird in namentlicher Abstimmung gegen die Stimmen der Abgg. Horst, Krensch, Richter und Matthes angenommen.

Ruf der Tagesordnung stehen noch eine Anzahl Petitionen.

Die Petition des Baunternichters Selbmann in Hohenstein-Ernstthal um Erstattung von Schäden, der ihm durch Verlegung einer Straße entstanden sein soll, läßt man auf sich beruhen.

Die Deputation beantragt, die Petition der Regierung teils zur Kenntnisnahme teils zur Erwägung zu überweisen.

Die Kammer beschließt schließlich den Anträgen der Deputation gemäß.

Nächste Sitzung Mittwoch 1/11 Uhr. Tagesordnung: Wahlrechtspetitionen und einige Kapitel aus dem Etat.

Elbel-Sulha (Gewerksvereiner) erklärt die Ziele des deutschen Gewerksvereins der Stuhlarbeiter; man könne sehr wohl getrennt

Schiffer-Kresch (christlicher Gewerkschafter) greift den deutschen Textilarbeiterverband als ausgesprochen sozialdemokratische Gewerkschaft an,

Baubert-Apolla verteidigt den Textilarbeiterverband und erklärt, mit den Gewerksvereiner lassen sich erst reden, wenn sie den bekannten Revers, nach welchem der Eintritt von Sozialdemokraten in ihre Organisation nicht zugelassen wird,

Schließlich wurde eine besondere Kommission, bestehend aus je einem Mitgliede aller anwesenden Nationen gewählt, um zur Erledigung dieser Angelegenheit zu kommen.

Anwesend sind 69 Delegierte aus Deutschland, England, Belgien, Holland, Frankreich, Oesterreich, Italien und der Schweiz.

Aus der Partei.

Ein wenig spät. Am 1. Juni konnte endlich die sozialdemokratische Mafseier 1902, die wegen schlechter Witterung mehrfach verschoben werden mußte, abgehalten werden.

Hoffentlich beantragen die Münchener beim nächsten Parteikongress: Die Feier des 1. Mai findet je nach der Witterung in den Monaten Mai, Juni oder Juli statt.

g. Parteipresse in Nordbayern. In Bamberg fand am Sonntag eine Pressekonferenz für die nordbayerischen Wahlkreise statt, nachdem am Abend vorher die finanzielle Lage der beiden in Betracht kommenden Parteioorgane Oberfränkische Volkszeitung und Würzburger Fränkische Tagespost eingehend erörtert worden war.

Zum badischen Finanzgesetz für 1902/3 gab der Genosse A. Wed in einer Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Karlsruhe der Meinung Ausdruck, daß die in der Resolution des Lübecker Parteitags niedergelegten Voraussetzungen für die Zustimmung der Sozialdemokraten nicht vorhanden seien,

Zum Parteisekretär der Sozialdemokratischen Partei Württembergs ist vom Landesvorstand und Landesauschuß einstimmig Genosse Otto Wasner, der seitherige Vorsitzende des Landesvorstandes, gewählt worden.

Das Parteikomitee der schweizerischen sozialdemokratischen Partei hielt am Sonntag in Luzern eine Sitzung ab, der 37 Vertreter beiwohnten. Der Partei haben sich bisher Organisationen mit ca. 15 000 Mitgliedern angeschlossen und der Anschluß weiterer Verbände steht in Aussicht.

Die Arbeitervereine und Versammlungen. Die Arbeitervereine und Versammlungen. Die Arbeitervereine und Versammlungen.

Die Arbeitervereine und Versammlungen. Die Arbeitervereine und Versammlungen.

Die Arbeitervereine und Versammlungen. Die Arbeitervereine und Versammlungen.

Die Arbeitervereine und Versammlungen. Die Arbeitervereine und Versammlungen.

Die Arbeitervereine und Versammlungen. Die Arbeitervereine und Versammlungen.

Die Arbeitervereine und Versammlungen. Die Arbeitervereine und Versammlungen.

Die Arbeitervereine und Versammlungen. Die Arbeitervereine und Versammlungen.

Die Arbeitervereine und Versammlungen. Die Arbeitervereine und Versammlungen.

Die Arbeitervereine und Versammlungen. Die Arbeitervereine und Versammlungen.

Die Arbeitervereine und Versammlungen. Die Arbeitervereine und Versammlungen.

Die Arbeitervereine und Versammlungen. Die Arbeitervereine und Versammlungen.

Die Arbeitervereine und Versammlungen. Die Arbeitervereine und Versammlungen.

Die Arbeitervereine und Versammlungen. Die Arbeitervereine und Versammlungen.

Die Arbeitervereine und Versammlungen. Die Arbeitervereine und Versammlungen.

bigen größeren Eisen liefern. Ferner wurde beschlossen, auf alle Arbeiten in bayerischen Kalkstein den ortsüblichen Minimallohn von 6 Mk. auf 7 Mk. festzusetzen, da die Bearbeitung des Materials eine bedeutend ausgiebigere Kraftanstrengung in der Bearbeitung erfordert.

Im Arbeiterverein Thonberg-Neureuditz sprach am 31. Mai Genosse Mottler über den Klassenkampf in England.

Unter Berücksichtigung der englischen Verhältnisse bespricht der Redner die Kampfart der englischen Arbeiterorganisationen. Das Vorgehen der dortigen Gewerkschaften führe naturgemäß auf falsche Bahnen.

Der Redner warnt vor einer Änderung der Kampfweise und schließt mit den Worten: Links der gewerkschaftliche, rechts der politische Kampf, nur so kommen wir zum Ziel.

Im Volksbildungsverein Leipzig-Gohlis fand am 1. Juni eine Mitgliederversammlung statt.

Genosse Grenz referierte über die Arbeiter im gesellschaftlichen Entwicklungskampfe. Der Redner schilderte die Entwicklung zur Zeit des Mittelalters, des Mittelalters und der Neuzeit.

Der Redner erläuterte sodann in ausführlicher Weise die Kämpfe, die das Bürgertum vereint mit den Arbeitern gegen die herrschende Gesellschaft führen mußte, und wie die Arbeiter denken lernten und sich immer mehr auf eigene Füße stellen mußten.

Das Bürgertum söhnte sich mit den herrschenden Klassen aus, um vereint mit diesen gegen die arbeitenden Massen Stellung zu nehmen. Auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts wurde es den Arbeitern möglich, sich ab und zu Vorteile zu schaffen.

Am 31. Mai hielt Genosse J. Dunder einen Vortrag über Wege und Ziele der Volksbildung. Der Redner entwarf ein Bild über die Entwicklung der Volksbildung innerhalb der letzten 40 Jahre und suchte in leicht verständlicher Weise den Anwesenden klar zu machen, wie die Volksbildung sich weiter entwickeln kann.

Der Arbeiterverein in Stättitz. Am 31. Mai hielt Genosse J. Dunder einen Vortrag über Wege und Ziele der Volksbildung. Der Redner entwarf ein Bild über die Entwicklung der Volksbildung innerhalb der letzten 40 Jahre und suchte in leicht verständlicher Weise den Anwesenden klar zu machen, wie die Volksbildung sich weiter entwickeln kann.

Der Arbeiterverein von Stahmeln und Umgegend hielt am Sonntag den 1. Juni eine Mitgliederversammlung ab. Anwesend waren 30 Mitglieder.

Mitteilungen aus dem Publikum. Zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitern Leipzigs gehören wohl die in den Flaschenbier- und Mineralwasserfabriken beschäftigten Arbeiter.

Filialen der Leipziger Volkszeitung. Leipzig: Frau Helene Bauer, Albertstraße 12, p. G. Bortels, Marktstraße 12, p.

Leipzig: Herr P. Freise, Eisenbahnstraße 25, p. Herr A. Jacob, Eisenbahnstraße 37.

Leipzig: Herr R. Köge, Marktstraße 41, p. R. Schütz, Eigarrenstraße, Schmeidestraße 15 (Ede Hofstraße 6, p.)

Leipzig: Herr S. Thiele, Würzener Straße 80, p. Herr Oskar Westphal, Reipenhalmer Str. 84.

Leipzig: Herr W. Richter, Torgauer Str. 7 (Ede Coalstraße). W. Richter, Kreuzstraße 37.

Leipzig: Herr J. Otto, Gaußstraße 43, p. Herr F. Wosig, Würzener Straße 5, p.

Leipzig: Herr E. Sipp, Obere Münsterstraße 21. Außerdem kann die Leipziger Volkszeitung bei auswärtigen Ausdrägern abgeholt werden.

Leipzig: Herr E. Sipp, Obere Münsterstraße 21. Außerdem kann die Leipziger Volkszeitung bei auswärtigen Ausdrägern abgeholt werden.

Leipzig: Herr E. Sipp, Obere Münsterstraße 21. Außerdem kann die Leipziger Volkszeitung bei auswärtigen Ausdrägern abgeholt werden.

Leipzig: Herr E. Sipp, Obere Münsterstraße 21. Außerdem kann die Leipziger Volkszeitung bei auswärtigen Ausdrägern abgeholt werden.

Leipzig: Herr E. Sipp, Obere Münsterstraße 21. Außerdem kann die Leipziger Volkszeitung bei auswärtigen Ausdrägern abgeholt werden.

Leipzig: Herr E. Sipp, Obere Münsterstraße 21. Außerdem kann die Leipziger Volkszeitung bei auswärtigen Ausdrägern abgeholt werden.

Leipzig: Herr E. Sipp, Obere Münsterstraße 21. Außerdem kann die Leipziger Volkszeitung bei auswärtigen Ausdrägern abgeholt werden.

Leipzig: Herr E. Sipp, Obere Münsterstraße 21. Außerdem kann die Leipziger Volkszeitung bei auswärtigen Ausdrägern abgeholt werden.

Leipzig: Herr E. Sipp, Obere Münsterstraße 21. Außerdem kann die Leipziger Volkszeitung bei auswärtigen Ausdrägern abgeholt werden.

Leipzig: Herr E. Sipp, Obere Münsterstraße 21. Außerdem kann die Leipziger Volkszeitung bei auswärtigen Ausdrägern abgeholt werden.

Leipzig: Herr E. Sipp, Obere Münsterstraße 21. Außerdem kann die Leipziger Volkszeitung bei auswärtigen Ausdrägern abgeholt werden.